

# Zwischen Einsam- keit

# und Solidarität

Antisemitismus in (Sub)Kultur  
und Clubkultur



# Einleitung

Diese Broschüre ist eine Momentaufnahme. Sie entstand im Herbst und Winter 2024. Am 7. Oktober 2024 jährte sich der Überfall der Hamas auf Israel zum ersten Mal. Das Massaker, das mehr als 1.200 Menschen das Leben kostete, war das schlimmste Pogrom an Jüdinnen:Juden nach der Shoah. Doch die Reaktionen weltweit gestalteten sich keineswegs einstimmig erschrocken oder verurteilend. Dröhnendes Schweigen, Abwesenheit von Empathie, Verzicht auf Solidarität – damit sahen sich viele Jüdinnen:Juden in Deutschland in den vergangenen Monaten konfrontiert. Eine schmerzliche, eine prägende Erfahrung. Gleichzeitig verdoppelte sich die Anzahl antisemitischer Straftaten und Übergriffe. Und im Kunst- und Kulturbereich jagte ein Eklat den nächsten. Der Krieg in Gaza, der komplette israelisch-palästinensische Konflikt avancierte zur Gretchenfrage.

Die Broschüre will Schlaglichter werfen und zum Nachdenken einladen. Die meisten Beiträge beruhen auf Inputs der Autor:innen im Rahmen des Thementages »Antisemitismus im Kultur- und Clubbetrieb. Reflexionen ein Jahr nach dem 7. Oktober« im Dezember 2024 im ://about blank.

**Wir danken  
allen Beteiligten  
ganz herzlich.**

# Inhalt

6

»Ein Problem, das den gesamten Kulturbetrieb durchzieht«

Interview mit: Matthias Naumann



12

Antisemitische Vorfälle in oder gegen Berliner Kulturinstitutionen

Text: Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin

16

In Kunst und Kultur ist der Ruf entscheidend – und leicht zu ruinieren

Text: Simon Brost

20

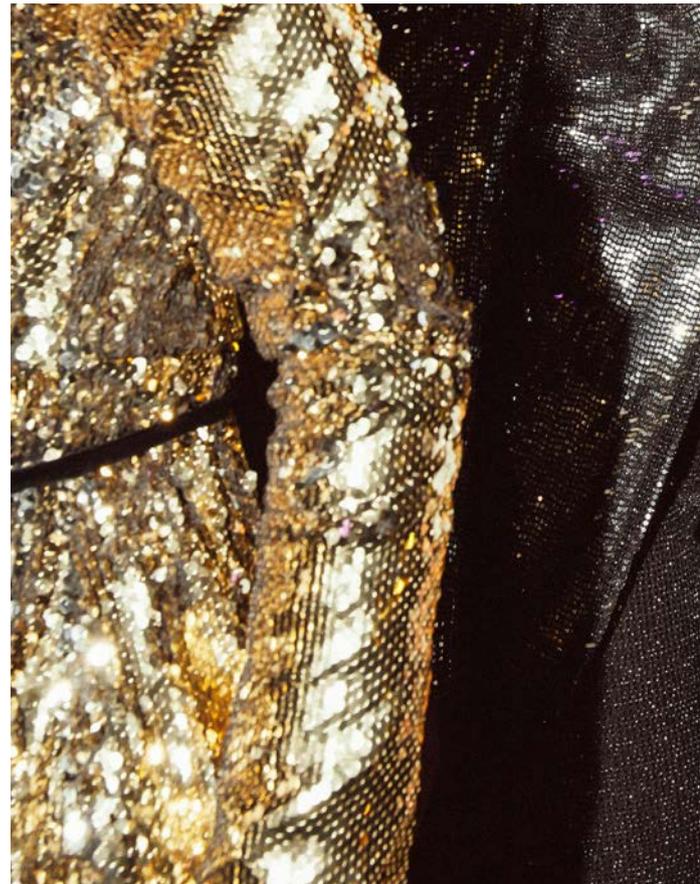
»BDS ist keine friedliche Kampagne der palästinensischen Zivilbevölkerung«

Text: Stefan Lauer

23

»Zunächst müsste die Clubszene begreifen, was der 7. Oktober für die israelische Bevölkerung aber auch für Jüdinnen und Juden weltweit bedeutet.«

Interview mit: Sulu Martini



30

**Reclaiming Safe(r) Spaces:  
Antisemitismus im Club  
entgegenreten**

Text: Alina Schittenhelm

37

**Eine Dialektik von Sicht-  
und Unsichtbarkeit**

Text: Monty Ott

40

**Feindbilder... und Fragen**

Text: Julia Pustet

42

**»Ich bin es leid, als jüdische  
Person zurückzustecken«**

Text: Rosa Jellinek

44

**»Das Klima der Angst  
ist nicht hinnehmbar«**

Text: Flo Paloma



46

**Die Deflektion eigener  
Kolonial- und Rassismus-  
debatten dominiert den Blick  
auf Israel**

Text: Elisa Aseva



# »Ein Problem, das den gesamten Kulturbetrieb durchzieht«



**Wenn du die Beschreibung der Lage im Kunst- und Kulturbetrieb seit dem 7. Oktober auf eine These bringen müsstest, wie sähe die aus?**

Im Kunst- und Kulturbetrieb geht es vonseiten »propalästinensischer« Aktivist:innen, Kurator:innen und Künstler:innen seit dem 7. Oktober 2023 in erster Linie darum, ein bestimmtes Bild von Israel zu hegemonialisieren und damit israelbezogenen Antisemitismus zu einer gängigen, akzeptierten Verhaltensweise oder Äußerungsform zu machen, die nicht mehr kritisiert wird. Das ist das große Problem, dem man sich entgegenstellen muss. Es handelt sich nicht um Anekdoten und Einzelfälle, um keine Welle, die von selbst wieder verebben wird. Sondern um ein Problem, das in der einen oder anderen Form den gesamten Kunstbetrieb durchzieht.

**Kannst du ein bisschen ausführen, wie du zu dieser Einschätzung gelangt bist?**

Direkt nach dem 7. Oktober gab es viele offene Briefe und lautstarke Äußerungen gegen Israel. In denen und darüber hinaus wurde vor allem viel Schweigen und Kälte gegenüber den Opfern des Hamas-Massakers deutlich. Bezeichnend finde ich die Antwort eines Dramaturgen, den Esther Slevoigt gefragt hat, warum sie an seinem Haus jetzt keine Veranstaltung dazu machten, warum sie das Geschehene nicht thematisierten und sich nicht solidarisch mit den Opfern äußerten. Er sagte: »Haben wir nicht immer schon die verdächtig gefunden, die sofort wussten, wo die richtige Seite ist, um sich dort augenblicklich aufzustellen?« Das ist symptomatisch für das Verhalten vieler im Kulturbetrieb, dass man nach so einem Massaker offensichtlich nicht weiß, wo die richtige Seite ist, auf die man sich jetzt stellen, mit der man sich solidarisch erklären sollte. Die lautstarken Proteste und Vorwürfe gegen Israel begannen übrigens vor dem israelischen Gegenangriff, also der Bodenoffensive in Gaza. Die startete erst am 27./28. Oktober 2023. An der militärischen Kriegsführung Israels gibt es sicher auch viel zu kritisieren, aber mir ist wichtig, aufzuzeigen, dass viele gegen Israel gerichtete Äußerungen kamen, bevor die Israelis überhaupt militärisch geantwortet haben. Insofern sind die Reaktionen nicht dadurch bedingt, obwohl in den Argumentationen später immer so getan wird. So

**Das ist symptomatisch für das Verhalten vieler im Kulturbetrieb, dass man nach so einem Massaker offensichtlich nicht weiß, wo die richtige Seite ist, auf die man sich jetzt stellen, mit der man sich solidarisch erklären sollte.**

sprach der »Open Letter from the Art Community to Cultural Organizations« im Artforum, einer sehr wichtigen US-amerikanischen Online-Kunstzeitschrift, bereits am 19. Oktober 2023 von »escalating genocide« und »crimes against humanity« – und bekam 8.000 Unterschriften.

**Ist das eine neue Entwicklung?**

Antisemitismus war im Kunstbetrieb schon vorher vorhanden, aber er wurde vielfach nicht ernst genommen. Seit dem 7. Oktober nun prägt er als Hass die Atmosphäre, sorgt für Einschüchterungen und Ausschlüsse; dafür, dass sich jüdische und Antisemitismus entgegnetende Künstler:innen in verschiedenen Zusammenhängen unwillkommen oder nicht mehr sicher fühlen. Er verengt Diskursräume und befördert Konformismus, insofern dazu nicht nur Täter:innen und Opfer gehören, sondern auch die vielen, die schweigen.

### Wie entsteht diese Atmosphäre, die du beschreibst?

Zumeist nicht aus den Kunstwerken an sich, sondern aus dem, was ich parakünstlerische Äußerungen nennen würde – Social Media Posts, offene Briefe, Unterschriften, Reden auf Ausstellungseröffnungen und Preisverleihungen oder Interviews. Denn die prägen den Marktwert eines Künstlers, einer Künstlerin zum Teil sogar entscheidender als deren Kunstwerke. Der größte Teil dessen, was wir an antisemitischen Äußerungen in den letzten Monaten seit dem 7. Oktober gesehen haben, bewegt sich im Raum parakünstlerischer Äußerungen. Es geht selten um Werke, die antisemitisch sind oder antisemitisch wirken wollen und deswegen Kritik ausgelöst haben.

### Viele Künstler:innen labeln sich seither gern sehr deutlich als pro-palästinensisch ...

Man könnte sagen, es ist Fashion. Ich würde »pro-palästinensisch« gerade im Kunstbereich sehr oft in Führungsstriche setzen, weil die meisten dieser Leute sich überhaupt nicht dafür interessieren, was mit den real existierenden Palästinenser:innen in der Westbank, in Gaza oder in den umliegenden arabischen Staaten passiert. Es geht gegen Israel und darum, in diesem Konflikt auf der Opferseite zu stehen und damit den eigenen politischen Wert zu erhöhen. Beziehungsweise, wie manche von ihnen sagen, »auf der richtigen Seite der Geschichte« zu stehen. Im November 2023 gab es an der Universität der Künste hier in Berlin eine Aktion, bei der Studierende im Foyer, angeleitet von Lehrenden, ihre blutrot bemalten Hände hochhielten. Aus Protest gegen die militärische Aktion Israels in Gaza. Das war ein Verweis auf eine Lynch-Aktion während der zweiten Intifada im Herbst 2001. Damals wurden in Ramallah zwei israelische Reservisten, die falsch abgebogen waren, also im wörtlichen Sinne die falsche Straße genommen hatten, von Palästinensern aufgegriffen, in eine Polizeistation verschleppt und schließlich gelyncht. Ein

Beteiligter zeigte sich am Fenster mit blutrot beschmierten Händen als Siegeszeichen und wurde bejubelt. Man konnte diese Geste in der UdK also als klare Drohung verstehen. Den meisten Teilnehmer:innen war wahrscheinlich nicht bewusst, worauf sie referenzierten. Was ich einerseits für symptomatisch halte: Es wird viel mit Bildern gearbeitet, die Botschaften senden, die vielleicht gar nicht allen, die sie verwenden und zu ihrer Verbreitung beitragen, bewusst sind. Unwissenheit ist ein großer Faktor in diesem Feld. Und dann gab es ein Banner, auf dem stand: »It's not complicated.« Dieser Ansatz ist im Kunstbetrieb weit verbreitet. So zu tun, als sei der Konflikt eigentlich total einfach. Man müsse sich nur auf die richtige Seite stellen und wenn das genügend Leute tun, löse sich das schon. Das ist andererseits eine wahnsinnige Erkenntnis- und Auseinandersetzungsabwehr. Man will sich nicht mit den Komplexitäten dieses Konflikts, seiner historischen Genese und den unterschiedlichen involvierten Fraktionen befassen. Man möchte für sich selbst eine Position des Sich-richtig-und-gut-Fühlens herstellen. Hier kann man beobachten, dass Unwissenheit und Unversöhnlichkeit miteinander korrelieren. Ich habe oft den Eindruck, je unwissender die Leute im Kunstbetrieb sind, die sich »pro-palästinensisch« positionieren, je weniger Ahnung sie davon haben, was sie unterstützen und wozu sie sich äußern, desto härter und unversöhnlicher agieren sie.

**Ich würde »pro-palästinensisch« gerade im Kunstbereich sehr oft in Führungsstriche setzen, weil die meisten dieser Leute sich überhaupt nicht dafür interessieren, was mit den real existierenden Palästinenser:innen in der Westbank, in Gaza oder in den umliegenden arabischen Staaten passiert.**

**So kann man sehr schnell und sehr einfach politisch sein, indem man sich »pro-palästinensisch« aufstellt. Man muss nicht viel oder auch gar nichts wissen, man kann einfach aufspringen und sich damit als politischer Künstler, politische Künstlerin darstellen.**

**Die Frage ist nun, was bringt das den Leuten? Sind die alle antisemitisch oder woher kommt das?**

Ein relevanter Punkt dabei ist, glaube ich, dass viele Künstler:innen sich in irgendeiner Weise als politisch labeln wollen, weil das mehr Aufmerksamkeit erzeugt und wichtig für den Marktwert ist. Das wiederum hat viel damit zu tun, was Kurator:innen implizit fordern, dadurch, wie sie Dinge labeln, wie sie etwas zusammenstellen, wie Ausstellungen, Programme, Begleitprogramme kuratiert werden. Mittlerweile ist der Israel-Palästina-Konflikt zentral gemacht worden in diesen Debatten. So kann man sehr schnell und sehr einfach politisch sein, indem man sich »pro-palästinensisch« aufstellt. Man muss nicht viel oder auch gar nichts wissen, man kann einfach aufspringen und sich damit als politischer Künstler, politische Künstlerin darstellen. Dazu gehört natürlich auch eine gewisse Mode, Accessoires, die dauernd auftauchen, wie das Kufiya-Tragen, die Wassermelonen, bestimmte Farb- und Bildlichkeiten, eine Art von Ästhetik. Um das zu erklären, kann man gut auf einen Begriff der Historikerin Shulamit Volkov zurückgreifen. Sie beschreibt für das Kaiserreich Antisemitismus als »kulturellen Code«. Sie zeigt auf, dass es unter den Nationalrechten damals normal war, antisemitisch zu sein. Man war stolz darauf, jeder wollte Antisemit sein. Das war der Code der Zugehörigkeit. Heute wollen die meisten sich zwar weder selbst antisemitisch nennen noch von anderen so bezeichnet werden, aber sie wollen Antizionist:innen sein und gegen Israel. Das funktioniert als genau solch ein kultureller Code, der ganz unterschiedliche oder scheinbar unterschiedliche Szenen zusammenbringen kann. Dass niemand mehr antisemitisch genannt werden will, ist eine Folge der Shoah, denn es gibt in Deutschland kaum einen geächteteren Vorwurf, als jemanden des Antisemitismus zu bezichtigen. Was dazu führt, dass stärker über Antisemitismusrwürfe geredet wird als über Antisemitismus. Und deshalb gibt es plötzlich wahnsinnig viele Antisemitismusexpert:innen, die – ironischerweise – vor allem sehr genau darüber Bescheid zu wissen vorgeben, was alles nicht antisemitisch ist.

**Vielleicht noch einmal kurz zurück zum Thema »pro-palästinensisch« ...**

Ja. Also, dass man Palästinenser:innen nicht als politische Subjekte wahrnimmt, zieht sich schon durch die Jahrzehnte vor dem 7. Oktober. Seitdem wurde aber noch viel klarer, dass man sie nicht als selbstverantwortlich für ihr Handeln ansieht, sondern alles palästinensische Handeln grundsätzlich als Reaktion auf israelisches Handeln darstellt. Als ob es keine eigenen Gesellschaftsvorstellungen, politischen Ansprüche, Sozialisierungen gäbe. Beispielsweise geht die Forderung nach einer Zwei-Staaten-Lösung, die ja berechtigt ist, zugleich meistens mit einer merkwürdigen Adressierung der Parteien in dem Konflikt einher, bei der der israelischen Seite alle Handlungsmacht zugeschrieben wird. Was sicher auch damit zusammenhängt, dass im antisemitischen kulturellen Wissen »den Juden« immer Macht zugesprochen wird. Da spielen also immer überlieferte antisemitische Denktraditionen, die zum europäischen kulturellen Wissen dazugehören, mit rein. In der Realität hat die Hamas mit offensichtlich breiter Unterstützung über Jahre hinweg und ganz konkret am 7. Oktober den Krieg gegen Israel als ihre Handlungspräferenz gewählt. Im kollektiven Imaginären großer Teile der Linken bzw. des Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsbetriebes, der sich als links versteht, erscheinen die Palästinenser:innen hingegen als Opferfiguren, die für ihre Taten nicht politisch verantwortlich gemacht werden, und als heroische Widerstandskämpfer. Das ist in sich unlogisch und hat zudem wenig mit der Realität des Nahost-Konflikts zu tun.

**In den Debatten über Antisemitismus im Kunst- und Kulturbereich wird häufig der Vorwurf der Einschränkung der Kunstfreiheit laut.**

Ich halte eine Gegenüberstellung von Kunstfreiheit und Antisemitismusbekämpfung für falsch. Die Befürchtung, durch die Sanktionierung von Antisemitismus die Kunstfreiheit einzuschränken, wird bereits seit einigen Jahren vorgebracht. 2019 beschloss der Bundestag den Antrag »Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen« 1▼. Als Reaktion darauf entstand aus dem Kunstbetrieb heraus die sogenannte Initiative GG5.3 Weltoffenheit, die sich auf Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz bezog, der die Kunstfreiheit garantiert. Das am Tag der Menschenrechte im Dezember 2020 veröffentlichte Plädoyer wandte sich gegen die BDS-Resolution. Unterschrieben wurde es von großen Kultur- und Kunstinstitutionen, Museen, Theatern, dem Goethe-Institut und anderen, die sich in ihrer Kunstfreiheit und ihrem kuratorischen Handeln einschränkt fühlten. Ebenfalls in diesem

Korridor bewegte sich die Debatte um Achilles Mbembe, der als Eröffnungsdredner für die Ruhrtriennale 2020 angedacht war. **2**▼ Ich würde sagen, es geht in den Auseinandersetzungen weniger um den Aspekt der Kunstfreiheit als um das Bedürfnis nach Widerspruchsfreiheit. Man möchte in seinem anti-israelischen Handeln, seiner Toleranz für anti-israelische Äußerungen, Künstler:innen und Intellektuelle nicht kritisiert werden. Erst diese Kritik ruft Aktionismus auf den Plan, nicht aber antisemitische Bilder oder Positionen.

#### Hast du noch andere Beispiele?

Ähnlich war es bei der Diskussion über die documenta fifteen. Da ging es viel um die Frage, ob die Entfernung einzelner Kunstwerke die Kunstfreiheit einschränke. Die Debatte drehte sich zum einen um das Banner von Taring Padi, das klar erkennbare klassisch antisemitische Motive abbildete und schließlich abgehängt wurde. Gleichzeitig konnten jedoch die Tokyo Reels, eine Installation des Kollektivs »Subversive Film« mit anti-israelischen Propagandafilmen die kompletten 100 Tage der Ausstellung problemlos laufen. Das hatten – trotz Kritik – die Kurator:innen und die Geschäftsführung entschieden. Ich würde sagen, es ging hier in der Auseinandersetzung also zunächst mal nicht um künstlerische, sondern um kuratorische Freiheit. Denn das Kuratorium bestimmt, was zu sehen ist und was nicht – und könnte sich dagegen entscheiden, anti-israelische Propagandafilme zu zeigen, ohne dass dies eine Einschränkung der Kunstfreiheit wäre. Es wäre doch eine merkwürdige Argumentation, zu sagen, das Kuratorium schränke alle Künstler:innen, die nicht zu sehen sind, in ihrer Kunstfreiheit ein. Also: Man kann die Kunst machen. Auf einem anderen Blatt steht aber, wo sie in welchem Rahmen wie gezeigt wird. Das sind kuratorische Entscheidungen: Was möchte man dem Publikum aus welchen Gründen wie zeigen? Stellt man eine Kontextualisierung her? Stellt man etwas dagegen? Auf welche Art betreibt man politische, kulturelle Bildung?

#### Ist dir zum Abschluss noch etwas wichtig zu sagen?

Ich möchte auf einen in meinen Augen sehr problematischen Aspekt im Zusammenhang mit kuratorischem Handeln aufmerksam machen – und zwar auf die sogenannten Silent Boycotts. Die Institutionen machen es nicht groß öffentlich, dass sie bestimmte Leute nicht einladen. In den Programmen tauchen einfach keine jüdischen oder israelischen oder Antisemitismus entgegnetretenden Künstler:innen mehr auf. Das ist leider sehr wirksam, weil es sich schwer diskutieren und kritisieren lässt. Dem kann nur begegnet werden, indem man mehr Bewusstsein im Kunst- und Kulturbetrieb schafft. ■

**Ich würde sagen, es geht in den Auseinandersetzungen weniger um den Aspekt der Kunstfreiheit als um das Bedürfnis nach Widerspruchsfreiheit. Man möchte in seinem anti-israelischen Handeln, seiner Toleranz für anti-israelische Äußerungen, Künstler:innen und Intellektuelle nicht kritisiert werden.**

**1**  
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf>.

**2**  
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/jessica-hoyer-die-causa-mbembe-antisemitismus-und-postkolonialismus-83087/>.



JUNE 18 — Kassel  
**DOCUMENTA**  
**FIFTEEN**  
SEPTEMBER 25, 2022



**MATTHIAS NAUMANN**

ist Autor, Übersetzer und Verleger. Er studierte Theater, Film und Medienwissenschaft in Frankfurt am Main, Tel Aviv und Paris. 2011 gründete er den Neofelis Verlag in Berlin, den er bis heute leitet. Zuletzt hat er den Sammelband »Judenhass im Kunstbetrieb, Reaktionen nach dem 7. Oktober« herausgegeben.



# Antisemitische Vorfälle in oder



# gegen Berliner Kultureinrich- tungen

**Text: Recherche und Informationsstelle  
Antisemitismus (RIAS) Berlin**

Die Dokumentation antisemitischer Vorfälle der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin zeigt, dass sich Antisemitismus in Berlin in unterschiedlichen Vorfalltypen äußert, verschiedene Erscheinungsformen annimmt, immer wieder anderen Dynamiken und Konjunkturen folgt und, nicht zuletzt, in allen politisch-weltanschaulichen Spektren verankert ist.

In Reaktion auf den 7. Oktober und die darauffolgenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas kam es im Oktober 2023 zu einem sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin. Diese Entwicklung setzte sich in der ersten Jahreshälfte 2024 fort. Vermehrt ereigneten sich antisemitische Vorfälle auch in Berliner Kultur- und Bildungseinrichtungen. In einzelnen Fällen waren jüdische oder israelische Künstler:innen innerhalb von Kultureinrichtungen mit Antisemitismus konfrontiert. Auch kam es zu antisemitischen Anfeindungen und antisemitischen Boy-

kottkampagnen gegen jüdische oder israelische Kulturschaffende – oft organisiert auf Social-Media-Plattformen oder durch entsprechende digitale Kampagnen begleitet. Auch eine Positionierung gegen Antisemitismus reichte mitunter aus, damit eine Einrichtung selbst zur Zielscheibe von Boykottbewegungen wurde. In anderen Fällen wurden in Kultureinrichtungen, beispielsweise im Kontext von Ausstellungen, Produktionen von Jüdinnen:Juden oder Israelis zerstört oder mit antisemitischen Parolen beschmiert.

Doch auch schon vor dem 7. Oktober kam es im Kontext von Kulturveranstaltungen in Berlin zu antisemitischen Äußerungen oder Handlungen. So wurden jüdische Gäste im März 2022 in einem Comedy Club antisemitisch angefeindet. Die drei Betroffenen wurden von dem Comedian bereits zu Beginn seiner Show damit konfrontiert, dass er sie als »semitic« bezeichnen werde, da er das Wort »Jude« nicht in den Mund

**Auch eine Positionierung gegen Antisemitismus reichte mitunter aus, damit eine Einrichtung selbst zur Zielscheibe von Boykottbewegungen wurde.**

nehmen könne. Im weiteren Verlauf seiner Show verhielt er sich den israelischen Gästen gegenüber provokant. Als diese ihn baten, sich anderen Gästen zuzuwenden, entgegnete er, die Betroffenen hätten jetzt zwar eine harte Zeit, jedoch erginge es ihnen besser als der palästinensischen Bevölkerung. Gegen Ende des Beitrages forderte er die Betroffenen auf, die Show zu verlassen. In anderen Fällen war der Antisemitismus selbst Bestandteil eines Kulturproduktes oder einer -produktion, z.B. kam es zur ungebrochenen Reproduktion von antisemitischen Stereotypen in einer Theateraufführung oder zu antisemitischen Elementen in einer künstlerischen Performance während eines Konzertes.

## Verschiedene Erscheinungsformen

In den von RIAS Berlin dokumentierten Vorfällen tritt Antisemitismus in unterschiedlichen Formen in Erscheinung.

So ereignete sich im März 2024 in einem Kino in Berlin im Rahmen einer Vorführung des Films »Zone of Interest« folgende Szene: Als der Abspann des Films lief, riefen zwei Personen in den hinteren Reihen: »Stoppt den Genozid in Gaza«, »Macht nicht dieselben Fehler«, »Ihr seid doch auch nicht besser, Massenmörder«. Sie setzten damit die Vernichtung der europäischen Jüdinnen:Juden durch die deutschen Nationalsozialisten mit den heutigen Kriegshandlungen Israels gegen die Hamas in Gaza gleich. Das ist eine Form des Post-Schoah-Antisemitismus.

Antisemitisches Othering findet zum Beispiel statt, wenn Jüdinnen:Juden kollektiv für die israelische Politik verantwortlich gemacht werden. Es gab Fälle, in denen jüdische oder israelische Künstler:innen von ihren Kolleg:innen oder auch potenziellen Auftraggeber:innen aufgefordert wurden, zur israelischen Politik Stellung zu nehmen. Auch kam es vor, dass ein Künstler durch eine Äußerung aus dem Publikum gezielt als »jüdisch« markiert wurde.

Antisemitische Boykott-Kampagnen beinhalteten in der Regel dämonisierende Darstellungen von Israel, d.h. israelbezogenen Antisemitismus. So wurde Israel bei einer Kundgebung 2019 in Berlin, die zum Boykott des in Israel stattfindenden Eurovision Contest aufrief, als »Apartheidstaat« delegitimiert und das Existenzrecht Israels durch die Parole »From the river to the sea - Palestine will be free« in Frage gestellt.

## Auswirkungen auf Betroffene

Für Betroffene von Antisemitismus können die antisemitischen Vorfälle im Kunst- und Kulturbereich mitunter weitreichende Auswirkungen haben. Im Falle von Boykott-Kampagnen kann die eigene ökonomische Existenz gefährdet sein. Antisemitische Vorfälle in einem künstlerischen Arbeitskontext können dazu führen, dass die Kultureinrichtung verlassen wird. Auch antisemitische Erfahrungen für Jüdinnen:Juden im Publikum können sehr verstörend wirken. Zu erleben, wie ein Großteil des Publikums klatscht oder lacht, wenn antisemitische Äußerungen auf der Bühne fallen, kann ein Gefühl der Verunsicherung hervorrufen und zum Beispiel die Konsequenz haben, dass ein Theaterbesuch abgebrochen wird. Insbesondere ist hier, im Erleben antisemitischer Vorfälle, auf die Zäsur des 7. Oktober zu verweisen. Zwar stehen die Vorfälle in der Kontinuität des antisemitischen Vorfallesgeschehens in Berlin, ihre Wirkung auf Betroffene hat sich allerdings maßgeblich verschärft.

**Für Betroffene von Antisemitismus können die antisemitischen Vorfälle im Kunst- und Kulturbereich mitunter weitreichende Auswirkungen haben.**

## Beratung und Weiterbildung

Antisemitismus im Kunst- und Kulturbereich stellt eine besondere Herausforderung dar. So zeigen sich im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Vorkonstellationen auf Seiten der Kultureinrichtungen und einzelner Akteur:innen immer wieder Unsicherheiten im Umgang mit Antisemitismus, infolge mangelnden Wissens darüber, was Antisemitismus ist und wie er erkannt werden kann oder aufgrund eines fehlenden Problembewusstseins für die Ursachen, Wirkungen und Folgen von Antisemitismus. Auf diese Herausforderungen reagiert die Beratungstätigkeit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) des VDK e.V. Die MBR ist seit ihrer Gründung im Jahr 2001 eine zentrale Ansprechstruktur für Akteur:innen aus Kunst und Kultur. Clubs, Festivals, Akteur:innen der Musikindustrie, Museen, Theater, Bibliotheken, Hochschulen, Gedenkstätten und Kulturverbände sowie Einrichtungen der Kulturförderung haben sich in den vergangenen Jahren für Beratung und Qualifizierung an die MBR gewendet, darunter auch internationale Projekte und Institutionen.

Die über 20-jährige Erfahrung der MBR zeigt: Hochwertige, aktuelle und zielgruppenspezifische Informationen, zielgruppenspezifische Diskursanalysen und Problembeschreibungen und wissenschaftliche Analysen über Antisemitismus (u. a. zu Erscheinungsformen, Strategien, Protagonist\_innen und Aktivitäten) bilden die zentrale Grundlage für die Entwicklung demokratischer Handlungsstrategien. ■



**Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle?**

**Kontakt zur Meldestelle:  
report-antisemitism.de  
Tel. 030/817 985 821**

# In Kunst und Kultur ist der Ruf entscheidend – und leicht zu ruinieren

Wie Boykottstrategien den Kulturbereich lähmen



**Text: Simon Brost**

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin bekommt seit vielen Jahren Anfragen zu Anfeindungen im Kulturbereich. Diese gehen in erster Linie von zwei Spektren aus. Ein Schwerpunkt ist der Kulturkampf von rechts. 2016/2017 zeichnete sich zum ersten Mal der Einzug und damit einhergehende Machtzuwachs einer Partei in die Parlamente ab, die damals noch als rechtspopulistisch zu bezeichnen war, inzwischen aber rechtsextrem dominiert ist. Zugleich fielen Akteur:innen unter dem Label der Identitären Bewegung besonders mit professionell inszenierten Störaktionen, Unterbrechungen von Theateraufführungen oder ähnlichen Formen der »Intervention« auf. Damit kamen Fragen auf: Was bedeutet diese Entwicklung für von öffentlicher Förderung abhängige Kultureinrichtungen? Wie können sie sich weiterhin demokratisch positionieren? Und wie können sie mit Versuchen der politischen Einflussnahme umgehen – sowohl aus dem parlamentarischen als auch aus dem aktionistischen Raum?

Seit einiger Zeit erhält die MBR zudem verstärkt Beratungsanfragen im Kontext der BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions). Dabei war der 7. Oktober auch für die Arbeit der Mobilen Beratung eine Zäsur. Denn seither häufen sich nicht nur Anfragen zum Thema Antisemitismus massiv, auch der Mechanismus des Boykotts hat sich geändert. Strategien, die im Kontext von BDS entwickelt wurden, erfuhren eine große Professionalisierung und entwickelten

eine breite Nachahmung und Wirkung. Dabei ist BDS weniger politischer Akteur als Label. Man könnte auch Franchise dazu sagen. Betroffen sind der Musikbereich und die Clubszene, aber auch Festivals und Film- oder Theaterprojekte, die mit Labeln wie »zionistisch« versehen und entsprechend angefeindet werden. Ebenso trifft es Organisationen bzw. Institutionen, die aufgrund ihrer öffentlichen Förderung in Haftung genommen werden für eine unterstellte Staatsräson. Das geht hin bis zu teils staatlichen Akteuren der Kulturpolitik, die im Ausland Austausch organisieren und deren Arbeit inzwischen ebenfalls unter Druck steht.

Im Kulturbereich ist das Image, das öffentliche Ansehen, eine Hauptressource, die verhältnismäßig leicht zu beschädigen ist. Boykottaufrufe sind daher eine sehr effektive Strategie, um in Kulturinstitutionen mit wenig Aufwand zeitliche Ressourcen zu binden und maximalen Schaden anzurichten. Dazu kommt, dass in Zeiten sozialer Medien Boykottkampagnen weitestgehend anonym umgesetzt werden können. Zudem bleibt es oft nicht bei Aufrufen und digitalen Shitstorms, sondern es kommt in der Folge zu direkteren Formen der Anfeindung, zu Veranstaltungsstörungen und Sachbeschädigungen. Boykottkampagnen sind stark geprägt von tatsächlichem politischen Zerstörungswillen. Sie zielen darauf ab, den Akteur:innen, die angegriffen werden, wirtschaftlich erheblich zu schaden, ihnen letztendlich die Existenzgrundlage zu nehmen.

Interessant dabei ist, dass insbesondere jüdische und israelische Personen ins Visier genommen werden, die sich nicht explizit antizionistisch positionieren. Dabei fällt auf, dass auch solche Akteur\_innen betroffen sind, die sich um eine differenzierte Positionierung bemühen – insbesondere im Hinblick auf den Nahostkonflikt. Es sind Akteur\_innen, die nicht den glühenden Anhänger\_innen der derzeitigen israelischen Regierung zuzuordnen sind und die Austausch und Dialog organisieren wollen.

### **SIMON BROST**

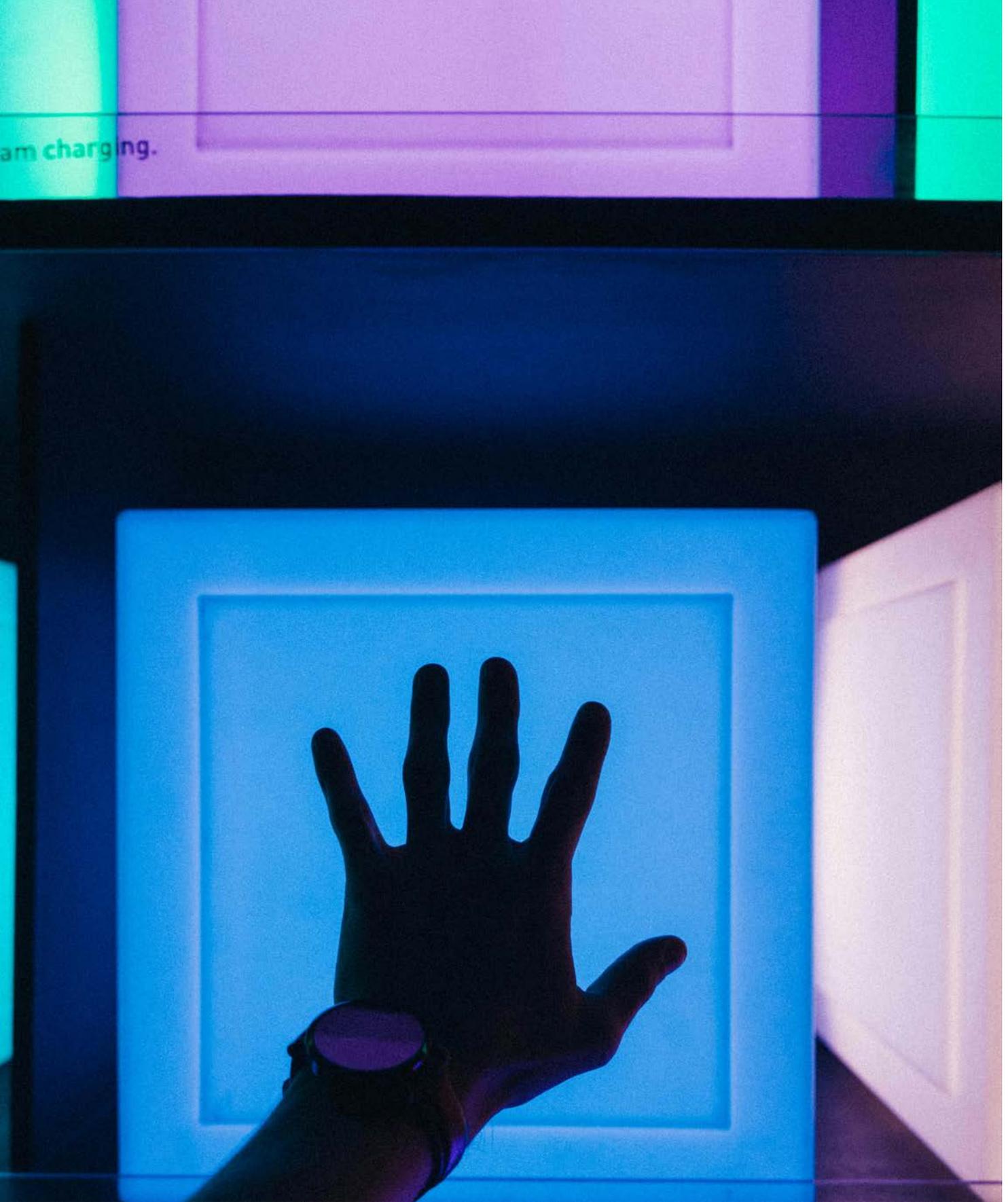
**hat Politikwissenschaft und Geschichte studiert und ist seit 2017 bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin aktiv. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Antisemitismus und der Kulturkampf von rechts.**

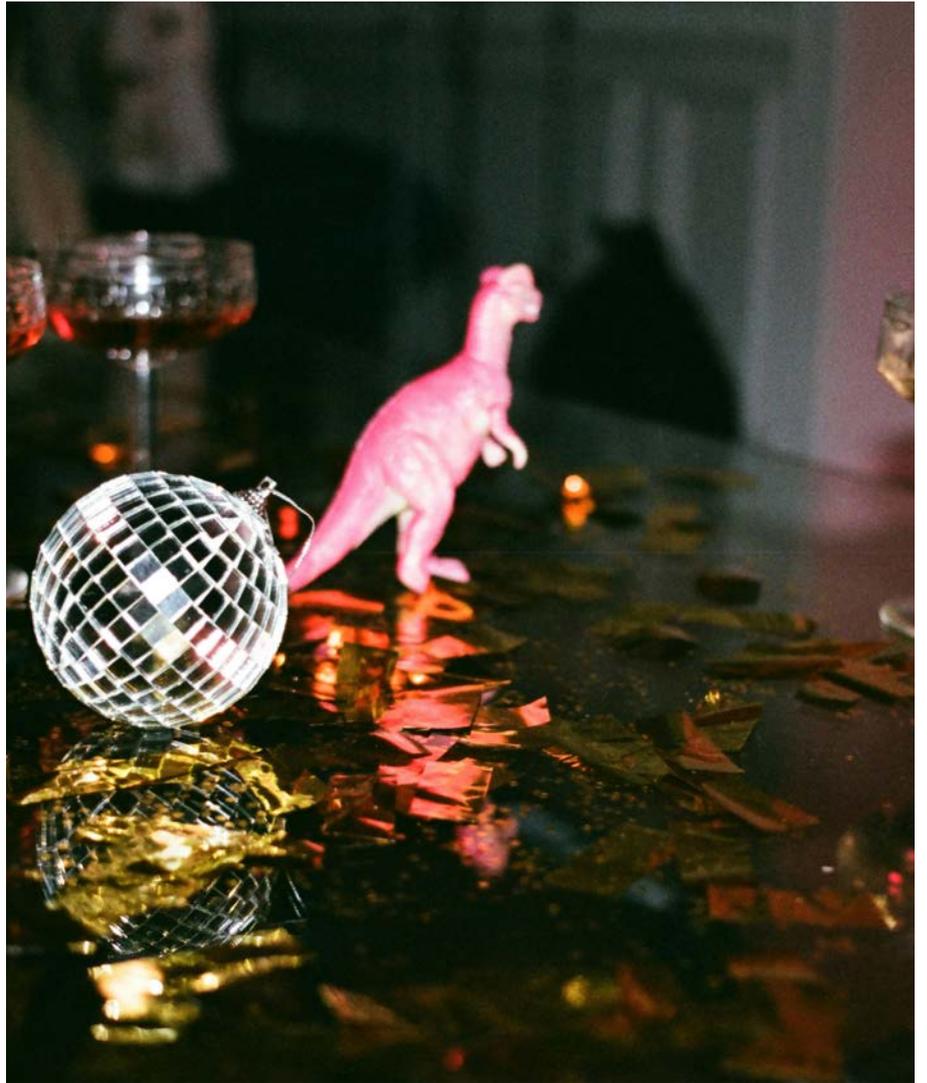
## **Was können wir tun?**

Ein paar Handlungsimpulse:

- 1.** Die eigene Position nach innen präzisieren und stärken. Wissen, wofür man als Institution steht. Sich bewusst machen, warum man eventuell von Boykotten betroffen sein könnte. Das ist wichtig, um reagieren zu können, ohne die eigene Einheit zu gefährden. Denn zentral ist, auf sich selbst und aufeinander zu achten.
- 2.** Kein öffentliches Distanzieren von Personen oder Veranstaltungen, die sich vielleicht exponiert haben und Anfeindungen erfahren. Stattdessen gemeinsam an einer Konsolidierung und Vermittlung der eigenen Haltung arbeiten und entsprechende Konzepte und interne Abläufe für die Krisenkommunikation entwickeln.
- 3.** Distanzierungsaufforderungen, die an Boykottdrohungen gekoppelt sind, nicht nachkommen und ins Leere laufen lassen (»veröffentlicht doch eine Distanzierung von Israel, sonst boykottieren wir euch«). Denn solchem Druck nachzugeben und inhaltliche Zugeständnisse zu machen, führt nicht unbedingt zum gewünschten Ziel. Im Gegenteil: Häufig verändern sich dann die Forderungen und die Radikalität in Form und Inhalt nimmt zu.
- 4.** Der schwierigste, aber entscheidende Punkt: Sich vernetzen und dafür sorgen, diese Boykottaufrufe gemeinsam durchzustehen. Das ist nicht einfach, gerade wenn man keine finanzstarken Ressourcen im Hintergrund hat und es keine institutionalisierten Unterstützungsmöglichkeiten gibt. Gerade dann ist es entscheidend, sich zusammen zu tun, proaktiv auf Partner:innen zuzugehen, die von Boykotten mitbetroffen sein könnten und zusammen eine Haltung zu entwickeln und zu kommunizieren.
- 5.** Unter Umständen in die Offensive gehen. Das wird den Boykott nicht stoppen. Aber eine eigene Öffentlichkeitsarbeit oder – wenn notwendig – die Einleitung von rechtlichen Schritten kann die eigene Position stärken und Solidarität auslösen.

am charging.





# »BDS ist keine friedliche Kampagne der palästinensischen Zivilbevölkerung«

Text: Stefan Lauer

## Die Boykottbewegung gegen Israel startet lange vor der Staatsgründung. 1922 ruft der fünfte Arabische Kongress in Nablus zum Boykott jüdischer Waren auf und fordert das Verbot von Landverkäufen an Jüdinnen und Juden.

Die wichtigsten Gründe für den Erfolg der Kampagne Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) sind Niedrigschwelligkeit und das Versprechen auf Selbstwirksamkeit. BDS erklärt, dass das »Problem Nahostkonflikt« einfach zu lösen sei und bietet an, persönlich und direkt etwas dafür tun zu können – zum Beispiel Mails schreiben, am Boykott teilnehmen oder andere dazu aufzufordern. Überzeugend ist für viele die Geschichte, die BDS über sich selbst erzählt: Es handele sich um eine friedliche Kampagne, die aus der palästinensischen Zivilbevölkerung entstand. Aber das entspricht nicht der Wahrheit. Am leichtesten illustrieren lässt sich das am Council of National Islamic Forces in Palestine. Die Gruppe wurde 2001 während der zweiten Intifada gegründet. Sie war federführend bei der Gründung von BDS, steht als erste auf der Liste der Unterzeichnenden und ist bis heute das Steuerungsgremium der Kampagne. Im Council sind die Fatah, die Hamas, der palästinensische Dschihad und die PFLP neben weiteren terroristischen Gruppen organisiert. Im Folgenden möchte ich einen kurzen Auszug aus dem Buch »Judenhass Underground« zitieren, in dem ich einen Text geschrieben habe, der sich auch mit der Gründungsgeschichte von BDS beschäftigt 1▼:

»Die Boykottbewegung gegen Israel startet lange vor der Staatsgründung. 1922 ruft der fünfte Arabische Kongress in Nablus zum Boykott jüdischer Waren auf und fordert das Verbot von Landverkäufen an Jüdinnen und Juden. Ein Jahr zuvor hatte die britische Kolonialmacht Mohammed Amin al-Husseini zum Mufti von Jerusalem ernannt und ihn damit zum politischen, später auch religiösen Anführer der arabischen Bevölkerung gemacht. Al-Husseini ist verantwortlich für antisemitische Massaker. Später unterstützt er den Nationalsozialismus und macht Propaganda für ihn im arabischsprachigen Raum. Kein Wunder, denn seine Ideologie hat mit dem Nationalsozialismus einige Überschneidungen. Der Mufti wird SS-Mitglied und organisiert muslimische Einheiten für SS und Wehrmacht. In seiner Radiosendung fordert er 1942 alle Araber:innen auf, »tötet die Juden, wo immer ihr sie findet. Das gefällt Gott, der Geschichte und dem Glauben«. Al-Husseinis erklärtes Ziel ist es, den jüdischen Staat zu verhindern. Und den Jishuw, die jüdische Bevölkerung im Mandatsgebiet Palästina, zu dezimieren, und zwar mit allen Mitteln. Dazu gehören neben Terror aber auch immer wieder

Boykottaufrufe. Die antijüdischen und antisemitischen Narrative, die al-Husseini erfindet, prägen Boykottbemühungen gegen Israel bis heute. Der Mufti schaffte es, einen lokalen Konflikt zur panarabischen Sache zu machen, zum Beispiel 1931, als al-Husseini auf dem islamischen Kongress von 130 Delegierten aus 22 Staaten zum Präsidenten gewählt wird. Zu den Forderungen des Kongresses gehört auch ein wirtschaftlicher Boykott der jüdischen Bevölkerung Palästinas. 1935 als Präsident des Obersten Islamischen Rats und damit als Sprecher einer Behörde, die alle muslimischen Araber:innen in religiösen Angelegenheiten gegenüber der britischen Mandatsmacht vertritt, erlässt al-Husseini eine Fatwa. Ganz Palästina sei, »anvertrautes Gut der Muslime«. Diese sollten daher kein Land mehr an Jüdinnen oder Juden verkaufen oder Verkäufe vermitteln. Ansonsten drohten Konsequenzen wie Boykott und Ausschluss aus der Umma, der muslimischen Glaubensgemeinschaft. 1937 veröffentlicht al-Husseini »Islam und Judentum«, ein 31-seitiges Pamphlet, das heute als das erste wichtige Dokument des modernen islamischen Antisemitismus gilt. In mehreren Sprachen und in hohen Auflagen erscheint der Text in islamischen und arabischen Ländern, finanziert und gedruckt vom NS-Regime. Al-Husseini kombiniert islamischen Antijudaismus mit modernem europäischem Antisemitismus. Jüdinnen und Juden seien große Geschäftsleute, Mikroben und die Verursacher der Pest, heißt es darin. Und er konstruiert historische Kontinuität, eine angeblich ewige Feindschaft zwischen Judentum und Islam. Seit Mohammed versuchten demnach Jüdinnen und Juden, »die Muslime zu vernichten«. Und weiter schreibt er, »gebt nicht eher Ruhe, bis euer Land von den Juden frei ist«. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden die Boykottbemühungen institutionalisiert. Im März 1945 gründen sieben Staaten die Arabische Liga. Ägypten, Irak, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien, Jordanien und Jemen. Der Kampf gegen Israel zuerst, gegen die Staatsgründung, später gegen dessen Existenz, ist Teil dieser Entstehungsgeschichte. In der Liga sitzt auch der hier existierende Staat Palästina mit am Tisch. Im Anhang des Gründungsdokuments der Liga heißt es, die Existenz Palästinas als Nation könne genauso wenig angezweifelt werden, wie die anderer arabischer Staaten. Schon bei einem ihrer ersten Treffen beschließt die Liga im Dezember 1945 den Boykott

1

Stefan Lauer (2023): BDS. In: Ders. & Nicholas Potter (Hg.): Judenhass Underground. Antisemitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen. Berlin, S. 45–60.

gegen den Jischuw: »Die Produkte palästinensischer Juden sollen in arabischen Staaten als unerwünscht gelten.« So heißt es in der Resolution 16 der Liga. Alles, was dem politischen Ziel der Zionisten nützen könne, etwa Handel, solle verboten und abgelehnt werden. Der Boykott tritt am 1. Januar 1946 in Kraft und hält mal mehr, oft weniger erfolgreich bis in die 1990er-Jahre an. 2023 halten nur noch Iran, Libanon und Syrien daran fest. Im Februar 1946 werden das Zentrale Boykottkomitee und das Zentrale Boykottbüro gegründet, das den Boykott der Mitgliedsstaaten koordiniert. Die Boykottbeamten produzieren unzählige Listen mit den Namen von Firmen und Einzelpersonen, mit denen kein Handel getrieben werden darf. Nach der Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948, dem darauffolgenden Angriffskrieg von Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und Irak gegen den jungen jüdischen Staat und vor allem mit der Niederlage der arabischen Staaten und dem Waffenstillstandsabkommen von 1949 scheitert der institutionalisierte Boykott der Arabischen Liga zum ersten Mal, denn Israel existiert. Doch der Handelskrieg geht weiter und wird intensiviert. Als gemeinsames Ziel gilt von nun an die Vernichtung Israels auf wirtschaftlicher Ebene. Bis 1948 war der Boykott auf die Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga beschränkt. Der primäre Boykott betrifft weiterhin die Mitgliedstaaten, die keinen Handel mit Israel oder den Produkten palästinensischer Juden treiben dürfen. Mit dem sekundären Boykott sind jetzt aber auch Unternehmen aus Drittstaaten betroffen, die mit Israel handeln, dort produzieren oder Waren exportieren. Später kommt ein tertiärer Boykott dazu. Der trifft Firmen, die mit anderen Firmen Geschäfte machen, die wiederum Handel mit Israel betreiben. Viele Entscheidungen lassen sich im Bürokratie Dickicht des Boykottbüros kaum überblicken. Die ursprüngliche Idee, nur solche Waren und Firmen zu boykottieren, die aktiv das politische Ziel der Zionisten begünstigen, wird beerdigt. Einen größeren Effekt dürfte die Teilblockade des Suezkanal gehabt haben. Diese betrifft nicht nur israelische Schiffe oder solche, die Waren aus oder nach Israel transportieren, sondern auch alle Schiffe, die zu irgendeinem Zeitpunkt

#### **STEFAN LAUER**

einen israelischen Hafen angelaufen haben. Bis 1975 hält Ägypten die Blockade aufrecht. Als Coca-Cola 1966 bekannt gibt, kein israelisches Franchiseunternehmen zuzulassen wegen angeblich wirtschaftlicher Gründe, de facto hatte der Konzern damals 29 Franchisefabriken in arabischen Ländern, rufen die Antidifamation League und viele jüdische **ist Redakteur bei Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Zwischen 2009 und 2017 arbeitete er als Senior-Editor für VICE Deutschland und berichtet über Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen und LGBTQ+ Themen. 2023 erschien sein Sammelband »Judenhass Underground. Antisemitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen«, den er zusammen mit Nicholas Potter herausgegeben hat.**

## Die Boykottbeamten produzieren unzählige Listen mit den Namen von Firmen und Einzelpersonen, mit denen kein Handel getrieben werden darf.

Organisationen in den USA zum Boykott des Limonadenherstellers auf. Coca-Cola vollzieht den Richtungswechsel und vergibt doch eine Lizenz zur Abfüllung in Israel, was wiederum das Boykottbüro auf den Plan ruft. Tatsächlich wird Coca-Cola bis Ende der 1980er-Jahre von den arabischen Staaten der Liga boykottiert. Dass ein Boykott aber auf die ein oder andere Weise ausgelegt werden kann, zeigt das Beispiel des Autoherstellers Ford. Nachdem der Konzern ein Werk in Israel eröffnete, landete Ford für 18 Jahren auf der schwarzen Liste des Boykottbüros, nicht jedoch die Ford Aerospace and Communication Corporation, die rein zufällig Raketen für die saudische Luftabwehr liefert.«



# »Zunächst müsste die Clubszene begreifen, was der 7. Oktober für die israelische Bevölkerung aber auch für Jüdinnen und Juden weltweit bedeutet.«

Interview mit: Sulu Martini



# Sulu Martini vom Betreiber:innenkollektiv des Berliner Clubs ://about blank im Gespräch über falsche Projektionen und fehlende Solidaritäten

**Ihr seid einer der wenigen Berliner Clubs, die sich nach den islamistischen Anschlägen vom 7. Oktober offen gegen Antisemitismus positioniert haben. Warum war euch das wichtig?**

Es war uns immer schon wichtig, uns klar gegen Antisemitismus zu stellen. Im Zusammenhang mit dem 7. Oktober 2023 wurde die Notwendigkeit aber noch deutlicher. Denn sehr viele innerhalb der Clubkultur äußerten sich entweder gar nicht oder haben den antisemitischen Exzess gar als Widerstand, Ausbruch aus einem Gefängnis oder dekoloniale Praxis gedeutet. Wenn in unserem Resonanzraum, der deutschen und internationalen Clubkultur und der linken Szene, Antisemitismus verkannt, geleugnet, relativiert, verklärt oder verherrlicht wird, dann braucht das unseren entschiedenen Widerspruch.

**Hat sich in der Berliner Clubszene nach dem 7. Oktober etwas verändert?**

Eindeutig. Wir erleben eine starke Polarisierung und eine Zunahme von eindeutig israelfeindlichen Positionen. Die Anteilnahme mit denjenigen, die am 7. Oktober ermordet oder verschleppt worden sind, ist gering. Das ist insbesondere deshalb bemerkenswert, weil dort auch ein Technofestival angegriffen wurde. Man hätte erwartet, dass sich die weltweite Club-Szene solidarisiert, weil das auch einen Angriff auf die eigene Feierkultur und subkulturelle Lebenswelt darstellt. Aber das ist nicht nur ausgeblieben, sondern es haben sich – ganz im Gegenteil – innerhalb der internationalen und auch der Berliner Club- und DJ-Szene Narrative durchgesetzt, die diese Verbrechen entweder leugnen oder als Widerstand verherrlichen. Da haben DJs, die noch vor Jahren im ://about blank auf Soli-Partys spielten, plötzlich mit ikonographischen Bildern von den Hamas-Gleitschirm-Kämpfern auf Instagram operiert. Das ist eine deutliche Radikalisierung. Auch vor dem 7. Oktober folgten bereits Teile der Szene bestimmten Deu-

tungen der BDS-Bewegung, zum Beispiel in Form von ausschließlichen Schuldzuschreibungen für alles das, was im Konflikt zwischen Israel und Palästina passiert, an Israel. Aber nun auch noch islamistischen Terror zu verharmlosen oder abzufeiern, ist eine neue Qualität.

**Die BDS-Kampagne gegen euch gibt es ja schon länger. Aber sie hat nach dem 7. Oktober noch mal einiges an Fahrt aufgenommen und ist deutlich aggressiver geworden...**

BDS ist ja keine offizielle Struktur, sondern ein Netzwerk. Deshalb ist es schwer zu greifen. Es gibt offizielle Seiten, wo beispielsweise Boykottaufrufe veröffentlicht werden. Aber vieles läuft dezentral, beispielsweise in Form von Social-Media-Kampagnen: Leute geben Null-Sterne-Bewertungen oder spammen unsere Veranstaltungsankündigungen mit Beschimpfungen voll. Sichtbar wird dort auch die Radikalisierung im Sprachgebrauch. Zum Beispiel wurden die Begriffe »Völkermord« bzw. »Genozid« im Zusammenhang mit dem Vorgehen des israelischen Militärs bisher nicht in so einer Breite genutzt. Oder gar Vernichtungsfantasien oder explizite Forderungen, den israelischen Staat aufzulösen. Das waren bis dahin sogar im BDS-Spektrum keine laut vertretenen Positionen. Auch in der DJs for Palestine Bewegung 2018 gab es noch nicht solche radikalen Töne. Da ging es noch darum, mit strukturell antisemitischen Forderungen Druck auf Israel aufzubauen, um eine Zwei-Staaten-Lösung durchzusetzen. Das ist jetzt alles weitgehend vom Tisch.





**Die Berliner Clubszene wie auch die Clubszene allgemein gilt ja eigentlich als Hort der Vielfältigkeit und Diversität; die Positionierung gegen Rassismus, Homophobie und andere Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung als selbstverständlich. Beim Thema Antisemitismus sieht das offensichtlich anders aus. Wie erklärst du dir das?**

Wir haben die Erfahrung schon vor dem 7. Oktober gemacht, dass man Antisemitismus zwar irgendwie verurteilt, aber eigentlich keinen Begriff davon hat. Bereits in früheren Auseinandersetzungen mit Partycrews bei uns wurde deutlich, dass Antisemitismus als etwas Historisches verstanden wird. Etwas, das nur die Vergangenheit betrifft, aber keinen Bezug zum Jetzt hat. Eine Weigerung quasi, Antisemitismus überhaupt als aktuelles Problem zu erkennen. So hat beispielsweise die Clubkommission in Berlin Antisemitismus bis zum 7. Oktober nicht als eigenständiges Unterdrückungsverhältnis behandelt, sondern – bestenfalls – als Unterkategorie von Rassismus behandelt. Was eines der zentralen Missverständnisse in Bezug auf Antisemitismus ist. Wenn man Antisemitismus als eine Form von Rassismus »wegsortiert«, verkennt man dessen spezifischen Charakter.

Dazu kommt die aktuelle Diskurssituation in Deutschland, wo wir mit einer Instrumentalisierung von Anti-

semitismusvorwürfen von rechts konfrontiert sind, die Antisemitismus hauptsächlich als Importprodukt labelt, um damit eine rassistische Abschottungsagenda zu begründen. Das macht die Sache komplex und damit kompliziert. In unserem Statement vom September 2024 <sup>1</sup> haben wir uns sehr ausführlich sowohl gegen Antisemitismus und als auch gegen rassistische Instrumentalisierungen ausgesprochen. Es ist falsch, Rassismuskritik und Antisemitismuskritik gegeneinander zu denken, beides gehört zusammen.

### **Welche Auswirkungen hat diese Gesamtentwicklung auf euch als Club?**

Ich würde sagen, 2024 war das bisher schwierigste Jahr unserer Clubgeschichte, weil wir im Gefolge des 7. Oktober und der Polarisierung innerhalb der Clubszene extrem stark unter Druck geraten sind. Wir werden als »Zionazis« bezeichnet und uns wird unterstellt, israelische Kriegsverbrechen rechtfertigen zu wollen. Wir erleben Absagen, Cancellation und Boykottodynamiken.

Besonders unter Beschuss stehen wir im Kontext von Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus oder bei Veranstaltungen, die an das Massaker vom 7. Oktober erinnern. Zum Beispiel haben wir im Januar 2024 das erste Mal Filmaufnahmen vom 7. Oktober gezeigt. Da gab es direkt einen Buttersäureanschlag auf den Laden. Im April organisierte die Wochenzeitung Jungle World bei uns eine Veranstaltung, die danach fragte, warum es innerhalb der Clubkultur und des sich besonders progressiv wählenden Milieus so an Empathie für jüdische Opfer mangelt. Da wurde der Club als Reaktion mit dem roten Hamas-Dreieck markiert. Auch Veranstaltungen, die explizit für Gaza-Nothilfe oder für Organisationen wie Cadus oder Ärzte ohne Grenzen sammelten, blieben nicht davon verschont. Da standen dann Leute vorm Laden stehen und verteilten Flugblätter.

**Besonders unter Beschuss stehen wir im Kontext von Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus oder bei Veranstaltungen, die an das Massaker vom 7. Oktober erinnern. Zum Beispiel haben wir im Januar 2024 das erste Mal Filmaufnahmen vom 7. Oktober gezeigt. Da gab es direkt einen Buttersäureanschlag auf den Laden.**

1

<https://aboutblank.li/statement2024>.

Für alle, die im //about blank arbeiten, veranstalten, auflegen und die versuchen, diesen Laden am Laufen zu halten, war und ist das enorm belastend. Deshalb haben wir uns im Sommer dafür entschieden, das öffentlich zu machen und offen darüber zu sprechen, was das mit einer linken Struktur macht, wenn sie derart angefeindet wird.

### **Bewertet ihr die An- und Übergriffe gegen euch als Antisemitismus?**

Ja, einige Schmierereien oder Zuschreibungen gegen uns sind eindeutig antisemitisch konnotiert. Den Begriff »Zionazis« beispielsweise würden wir so deuten, wie auch Hamas-Zeichen als Feindmarkierungen an der Fassade. Wir dokumentieren alles und mit der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) gibt es eine Stelle, die das sammelt, kontextualisiert und bewertet.

### **Eine Folge vom 7. Oktober ist, dass Jüdinnen und Juden noch vorsichtiger sind, ihr Jüdischsein nach außen zu tragen. Was denkt ihr, muss passieren, damit Clubs in Berlin sicherere Orte Jüdinnen und Juden werden?**

Ich glaube, zunächst müsste die Clubszene begreifen, was der 7. Oktober für die israelische Bevölkerung aber auch für Jüdinnen und Juden weltweit bedeutet. Sie müssten die Betroffenheit anerkennen und auch, wie schmerzvoll es für viele Israelis sowie Jüdinnen:Juden war und ist, zu erleben, dass in der Berliner Clubszene, also an Orten, die sie vielleicht vorher als Safe Spaces wahrgenommen haben, dieses Massaker nicht verurteilt und ihr Schmerz nicht geteilt wird, dass sie keine Solidarität erfahren. Diese Erfahrung wirkt weit über den 7. Oktober hinaus und aktualisiert sich mit jeder entsprechenden Demonstration oder Social-Media-Kampagne. Und dieses Gefühl, dass es keine Empathie gibt, keinen Support, das bekommen wir von vielen unserer Besucher:innen auch gespiegelt.

### **Glaubst du, dass unter den momentanen Bedingungen überhaupt noch ein Zusammenkommen möglich ist?**

Die Spielräume dafür werden immer kleiner. Es gibt beispielsweise Initiativen, die um den Jahrestag des Anschlags in Halle versuchen, Solidarität zu organisieren und gemeinsam sowohl an die rassistische als auch die antisemitische und die misogynen Dimension des Anschlags zu erinnern. Die also versuchen, Einseitigkeiten und Ausschlüsse zurückzuweisen. Dazu hatten wir auch eine Veranstaltung bei uns. Zumindest ist da der Bezug nicht Israel-Palästina, sondern Antisemitismus und Ras-

sismus hier. Genauso bei den Bündnissen, die Hanau und Halle zusammen gedacht haben. Jetzt haben wir die Problematik, dass das Gedenken an Hanau von Teilen des Soli-Spektrums instrumentalisiert und mit Gaza in Verbindung gebracht wird. Diese Versuche der Polarisierung erleben wir auch bei anderen politischen Kampagnen, die früher themenübergreifend funktioniert haben, beispielsweise beim 8. März als Frauen-Lesben-Kampftag oder beim Queer-Pride. Ich sehe eine große Gefahr, dass wir in diesem gesellschaftlichen Klima, in dem die Rechte zunehmend Diskurslosigkeit erringt und Rassismus und Autoritarismus erstarken, keine Chance haben, das Ganze sorgfältig zu klären und miteinander wieder in eine Praxis zu kommen. Trotzdem gibt es keine Alternative dazu, diesen Anspruch aufrechtzuerhalten und sich nicht in eine Zuspitzung drängen zu lassen. Mut machen in dieser Hinsicht Perspektiven und Akteur:innen, die quer liegen zu dieser angeblichen Frontlogik, der globale Süden kämpfe zusammen mit Gaza gegen Israel und den globalen Westen – kurdische Bewegungen zum Beispiel, oder die jesidische oder die iranische Unabhängigkeitsbewegung.

### **In den letzten Monaten wurde viel um die sogenannte Antisemitismus-Klausel gestritten, die der Berliner Senat für die Förderung von Kulturprojekten einführen wollte. Wie steht ihr dazu?**

Falsche Ideologien oder vereinfachte Weltbilder bekämpft man nicht mit Verboten, sondern mit Aufklärung. Deshalb sind wir immer dafür, ins Gespräch zu gehen, auch in den Streit. Verbote oder Abschiebungen, wie sie beispielsweise von rechten Hardlinern aus der CDU gefordert werden, eignen sich nicht dazu, Antisemitismus qualifiziert zu bekämpfen. Nicht zuletzt tun sich Teile der Union selbst sehr schwer mit der Abgrenzung gegen Antisemitismus – Stichwort Aiwanger-Affäre. Und wie glaubwürdig ist die deutsche Polizei im Kampf gegen Antisemitismus, wenn in etlichen ihrer Chatgruppen rassistische Memes und Judenwitze geteilt werden? Diese Widersprüche können nicht einfach ignoriert werden.

Gleichzeitig ist der Begriff Antisemitismus-Klausel aber auch etwas irreführend. Die Klausel hatte das Ziel, Diskrimi-

**Falsche Ideologien oder vereinfachte Weltbilder bekämpft man nicht mit Verboten, sondern mit Aufklärung. Deshalb sind wir immer dafür, ins Gespräch zu gehen, auch in den Streit.**

## Die Klausel hatte das Ziel, Diskriminierung insgesamt von Förderung auszuschließen. Und das ist ja kein originär rechtes Projekt. Es wäre wahrscheinlich auch für die allermeisten Linken kein Problem gewesen, wäre nicht Antisemitismus explizit aufgeführt worden.

sie im Moment nicht wirklich aussage- oder handlungsfähig sei und zunächst ihren internen Diskussionsprozess dazu abschließen müsse. Kürzlich haben wir unsere Erwartung nochmal in einem direkten Gespräch

erneuert. Keine Reaktion. Wenn man sich dann anschaut, was die Clubkommission zum ersten Jahrestag des 7. Oktobers zu sagen hatte, ein Social-Media-Bild einer Kerze, die »allen unschuldig verlorenen Leben« gewidmet ist, deutet das stark darauf hin, dass sich substantziell nichts verändert.

Wir haben große Zweifel, ob das noch ein politischer Akteur ist, dem wir zugehörig sein wollen. Immerhin zahlen wir Mitgliedsbeiträge und werden politisch auch immer mal wieder vereinnahmt als Berliner Clubszene. Wenn sich Leute wie Sascha Disselkamp entscheiden, den Laden zu verlassen, dann ist die Frage, ob das ://about blank da noch richtig aufgehoben ist, auf jeden Fall die richtige Frage.

nierung insgesamt von Förderung auszuschließen. Und das ist ja kein originär rechtes Projekt. Es wäre wahrscheinlich auch für die allermeisten Linken kein Problem gewesen, wäre nicht Antisemitismus explizit aufgeführt worden. Denn beim Thema Antisemitismus ist die Frage, was wann und wie antisemitisch ist, stark umstritten. Deswegen wird es auch hier wieder sehr kompliziert.

Wir als linker Ort sind der Aufklärung verpflichtet und nicht den Verboten, auch wenn es natürlich Sachen gibt, die wir im Laden nicht dulden. Aber wir brauchen keine Antisemitismus-Klausel, um Leuten, die rote Dreiecke malen oder sich antisemitisch äußern, Grenzen zu setzen.

### **Im Herbst 2024 hat Sascha Disselkamp aufgrund der von dir beschriebenen Entwicklungen nach 20 Jahren den Vorstand der Berliner Clubkommission verlassen. Wie gestaltet sich euer Verhältnis zur Clubkommission aktuell?**

Wir sind seit der Gründung des ://about blank Mitglied in der Clubkommission und haben auch direkt nach dem 7. Oktober versucht, Einfluss auf deren Stellungnahme dazu zu nehmen. Leider ohne Erfolg. Das Statement ist extrem dürrig ausgefallen, weder wird von Antisemitismus noch von Hamas-Terror gesprochen. Das haben wir kritisiert, konnten es aber nicht ändern. Gleichzeitig gab es einzelne Akteure aus dem geschäftsführenden Vorstand der Clubkommission, die sich in privaten Äußerungen auf Social Media affirmativ oder positiv auf den 7. Oktober bezogen haben. Auch das haben wir kritisiert, sowohl intern als auch später öffentlich.

Vor einem halben Jahr sind wir dann noch einmal an die Clubkommission herangetreten und haben unsere Situation geschildert. Dass wir als Laden extrem unter Druck stehen und Angriffen ausgesetzt sind. Und dass wir von unserem politischen Branchenverband erwarten, sich schützend vor uns zu stellen. Die Clubkommission erklärte uns daraufhin, dass

### **Letzte Frage, was kann man aktuell tun, um euch zu unterstützen?**

Man kann bei uns feiern gehen. Man kann bei uns veranstalten – Partys, Diskussionsrunden, Filmscreenings etc. Man kann uns finanziell unterstützen, weil wir als genossenschaftlich organisierter Laden weder Shareholder noch irgendwelche Reichtümer im Hintergrund haben. Es fließt auch kein Geld aus dem ://about blank in private Taschen. Das heißt, wir sind ein Laden mit einer solidarischen Ökonomie und deswegen kann man uns auf diese Weise natürlich auch regelmäßig Geld zukommen lassen. Und man kann die falschen Erzählungen, die über den Laden kursieren, zurückweisen, wenn man auf sie trifft. Wir haben dazu einen kleinen Handapparat online. Wir haben auch FAQs, die unsere Haltung zum Israel-Palästina Konflikt und zum diesbezüglichen Diskurs in Deutschland erläutern. **2** ▼ Teilt diese Informationen, kommt vorbei, spendet, zeigt euch solidarisch. Damit es den Laden auch übernächstes Jahr noch gibt. ■■

2  
<https://aboutblank.li/faq>

**»Wir waren als Gruppe auf einer Party und haben den ganzen Abend geflüstert oder Englisch gesprochen, weil das Hebräische uns als Israelis erkennbar machen würde.«**

**»Ich frage mich, wieso sich Leute in meinem Umfeld plötzlich dafür interessieren, ob meine Familie einen europäischen oder arabisch-jüdischen Hintergrund hat. Ist das eine legitim, das andere nicht?«**

**»Die Stimmung war super – bis auf dem Dancefloor politische Parolen skandiert wurden. Ich bin auch gegen den Krieg, aber die Party war danach für mich gelaufen.«**

**»Ich wurde in der Bahn angespuckt, weil ich den Beutel eines Clubs trug, der sich gegen Antisemitismus positioniert.«**

**»Ich bin lange nicht mehr feiern gegangen, weil mich die Tags und Sticker auf dem Klo triggern. Ich schaffe mir seit dem 7.10.2023 mehr private Safe Spaces.«**

**»Ich habe mich nicht getraut, meinen jüdischen Namen an der Gästeliste zu nennen und habe am Ende lieber bezahlt.«**

**»Ich sollte eine Runde ausgeben, weil ›wir‹ angeblich so viel Geld hätten.«**

**»Ich wurde von den Kolleg:innen im Club nach**

**meinem Standpunkt zum Krieg gefragt. Es hat sich wie eine Probe angefühlt. Ich sollte mich von den Handlungen Israels distanzieren, obwohl ich dorthin kaum einen Bezug habe.«**

**»Ich habe einen Gig abgesagt, weil ich unter dem Post der Party als ›Colonizer‹ beschimpft und bedroht wurde«**

**»Ich bin während der zweiten Intifada in Israel aufgewachsen. Das ›Yalla Intifada‹-Shirt des DJ empfand ich als offene Androhung von Gewalt. Ich wollte die Party eigentlich verlassen, aber ich musste ja arbeiten.«**

# Reclaiming Spaces: tismus

Ein Leitfaden für Mitarbeiter:innen  
im Clubbetrieb



# Safe(r) Antisemi- im Club

Text: Alina Schittenhelm

Auch in Clubs und auf Partys sind Mikroaggressionen, Anfeindungen oder gar physische oder verbale Gewalt mittlerweile trauriger Alltag für jüdische und israelische Clubgäste. Eine Folge davon ist, dass sich Jüdinnen:Juden mehr und mehr zurückziehen und jüdisches Leben auch im Veranstaltungskontext immer weniger sichtbar wird. Trotz dieser besorgniserregenden Entwicklung wird Antisemitismus oft verharmlost; erfahren Jüdinnen:Juden wenig gesellschaftliche Solidarität. Zeit also für ein paar Gedanken dazu, wie man den Dancefloor wieder zu einem Ort für alle machen kann.

## Antisemitismus in der Clubkultur wahrnehmen und begegnen

Der Nahostkonflikt hat in der Club- und Kulturlandschaft tiefe Spuren hinterlassen: Boykotte, Shitstorms, Störungen bei Veranstaltungen, Sachbeschädigungen sowie zerbrochene Beziehungen, Kooperationen und Allianzen sind nur ein Teil davon. Auch im Hinblick auf den 7. Oktober und bezogen auf das Massaker auf dem Psytrance-Festival Supernova herrscht in der Szene eine bemerkenswerte Stille.

Clubs sind in den letzten Jahrzehnten als (Frei-)Raum für kreative Ausdrucksformen und kulturelle Vielfalt bekannt geworden. Die meisten Partysettings verstehen sich als weltweit offen und Safe(r) Spaces. Clubs existieren jedoch nicht außerhalb der Gesellschaft – und sind dementsprechend auch nicht frei von gesellschaftlichen Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierungsformen. Für Menschen, die nicht von Antisemitismus betroffen sind, ist es oft schwer nachvollziehbar, dass Antisemitismus im Nachtleben ein Problem ist. Das liegt auch daran, dass sich Antisemitismus im Verständnis von vielen Leuten maßgeblich auf das Judentum als Religion bezieht. 1▼ Weil Religion beim Feiern aber keine Rolle zu spielen scheint und Menschen in Clubs oft nicht als jüdisch/religiös erkennbar sind, wird Antisemitismus im Nachtleben oft übersehen oder verharmlost. Antisemitismus hat jedoch viele Gesichter und tritt auch auf Partys in verschiedenen Formen auf. Ein Bewusstsein dafür zu haben, dass auch unsere Räume nicht frei von Antisemitismus sind, ist ein erster Schritt der Awareness.

## Antisemitismus im Club- und Partykontext kann bspw. vorkommen:

als Verhalten oder Äußerungen von Menschen gegenüber Menschen, Interaktionen unter Personal oder Gästen (z.B. Inhalte im Gespräch, physische oder verbale Gewalt, Mikroaggressionen)

in Form von Graffitis/Tags, Sticker, Plakate, Parolen, politische Symbolik im Raumbild oder auf Kleidung

in Musik, Kunst, Performance bspw. durch Stereotype/ bildliche Darstellung oder Texte

vertreten durch Sprecher:innen oder Künstler:innen auf der Bühne oder in Form von Über-/Unterrepräsentation im Booking

## Was tun gegen Antisemitismus im Club?

Wichtig anzuerkennen ist, dass Teile unserer Community von Antisemitismus betroffen sind und Antisemitismus auf unseren Partys oder auf dem Weg dahin passiert. Antisemitismus muss daher als Betroffenheit behandelt und in Awareness-Konzepte mitaufgenommen werden. Betroffenen sollte die Infrastruktur angeboten werden, die es für die Awareness gibt.

Grundprinzipien der Awareness sind Parteilichkeit und Betroffenenorientierung. 2▼ Parteilich und betroffenenorientiert zu arbeiten heißt, sich an die Seite der Personen zu stellen, die sich antisemitisch behandelt fühlen, Betroffene in ihrem Bedürfnis ernst zu nehmen und in die Lösung der Situation miteinzubeziehen. Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, sind oft sensibler für diese und ordnen Verhalten auf Grundlage ihrer (Vor-)Erfahrungen bspw. als antisemitisch ein, wo andere dies wohlmöglich nicht erkennen. Es liegt an uns, als Awareness-Teams oder Clubpersonal, eine möglichst gute Lösung für alle Beteiligten zu finden, ohne die Perspektiven in Frage zu stellen.

### 1

Für eine Arbeitsdefinition von Antisemitismus siehe: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.

### 2

Mehr zu Ansätzen und Methoden der Awareness-Arbeit findet ihr bspw. auf: <https://www.initiative-awareness.de/informieren/ressourcen>.

Zusammen ist man schlauer als allein: In Situationen, die unsere Kompetenzen überschreiten, ist es wichtig, in Absprache mit der betroffenen Person und dem Team (Achtung Diskretion!) besser früh als spät Hilfe zu suchen. Sprecht euch ab, fragt um Rat, lasst euch von Expert:innen beraten (bspw. bei Organisationen wie RIAS oder OFEK, siehe Seite 35). Bezieht ggf. rechtzeitig Polizei, Feuerwehr und/oder RTW mit ein.

## To-do: Awareness

Es macht Sinn, als Team/Location/Veranstaltung im Voraus einen »Code of Conduct« zu entwickeln, in dem festgelegt ist, welche Vorkommnisse, Verhaltensweisen und Symboliken als antisemitisch gewertet werden und welches Verfahren dann folgt. Bei der Erarbeitung können Beratungsstellen wie die MBR Berlin helfen.

Je nach Veranstaltungsformat unterscheiden sich die notwendigen Maßnahmen zur Prävention/Intervention gegen Antisemitismus. Je größer die Veranstaltung, desto mehr Awareness-Infrastruktur bedarf es. Eine Veranstaltung, die als jüdisch/israelisch erkennbar und beworben wird, benötigt außerdem eine deutlich sensiblere Sicherheitsstruktur.

### Vor der Party

Informiert sein über Erscheinungsformen (Stereotype, Bilder, Vorwürfe etc.) von Antisemitismus (z. B. durch Schulungen)

Eigene antisemitische Stereotype kritisch reflektieren

Als Veranstaltende/Locations einen »Code of Conduct« entwickeln

Gegen Antisemitismus positionieren (Öffentlichkeitsarbeit, Kommentarspalten moderieren)

Diversität im Team: ggf. jüdische Perspektiven miteinbeziehen

Ggf. Mitarbeiter:innengespräche und entsprechende Maßnahmen bei problematischen Positionen im Team

Keine Bühne für Antisemitismus: Booking anpassen, Künstler:innen prüfen, ggf. ins Gespräch gehen

Antisemitismus im Awareness-Selbstverständnis aufführen (Awareness-Schilder), Problembewusstsein für Antisemitismus sichtbar machen, Regeln an Gäste kommunizieren

Budget für Sicherheit/Awareness zur Verfügung stellen

Antisemitische Schmierereien/Sticker im VA-Ort entfernen

Zusammenarbeit mit jüdischen oder antisemitismuskritischen Artists oder Initiativen, bspw. durch Infostände oder Veranstaltungskooperationen

Ggf. sensiblere Sicherheitsstruktur: bspw. Veranstaltung mit Anmeldung und Verifikation der Personen, zusätzliche Sicherheitsstruktur/ggf. Personenschutz/Polizei

### Während der Party

Ruhe bewahren, Situation sortieren

Ally-sein: Sich einmischen, widersprechen, parteilich für Betroffene sein, sowohl als Gast als auch als Personal

Als Gast/Veranstaltende: Locations/Personal ansprechen, wenn Antisemitismus im Raumbild sichtbar ist oder Vorfälle beobachtet werden

Betroffenenorientiert: Aktives Zuhören, Anerkennung antisemitischer Erfahrung, Empowerment und Unterstützung von Betroffenen

Rückzugsräume und Gesprächspartner:innen für Betroffene anbieten

Ggf. Freund:innen/Zeug:innen einbeziehen

Kontakte fachspezifischer Beratungsstellen parat haben

Entsprechend des Vorfalles und dem Wunsch von Betroffenen unterschiedliche Eskalationsstufen für Awareness/Tür-Personal: Das Hausrecht legitimiert bspw. Zutrittsverweigerung/Ausschluss/Hausverbot, ggf. kann auch ein Gespräch zur Vermittlung zwischen Parteien beitragen (»Code of Conduct«).

### Nach der Party

Straftaten ggf. zur Anzeige bringen (in Absprache mit Betroffenen), Unterstützung der Betroffenen bei Anzeige

Vorfälle bei RIAS melden

Mit Betroffenen in die Nachbereitung gehen, Expert:innen hinzuziehen, Beratung in Anspruch nehmen, bspw. OFEK

Supervision für das Team, Raum für Feedback und Kritik schaffen, ggf. externe Mediation/Moderation bei Konfliktgesprächen

Feedback E-Mail-Adresse/anonyme Feedback-Box

Interne Ansprechpersonen für Mitarbeiter:innen bei Unwohlsein und Problemen, »Antisemitismusbeauftragte« im Betrieb

Im Nachgang Stellung beziehen zu antisemitischen Äußerungen/Vorfällen bspw. auch durch Artists

### Checkliste für antisemitische Vorfälle im Club:

Folgende Fragen können dabei helfen, Vorfälle einzuordnen:

- Bewertet die betroffene Person den Vorfall als antisemitisch?
- War die betroffene Person als jüdisch/israelisch erkennbar (z.B. durch Kleidung oder Symbolik) und wurde deshalb benachteiligt/beleidigt/diskriminiert/angegriffen?
- Hat sich die betroffene Person in der Öffentlichkeit für Jüdinnen:Juden/Israel eingesetzt/positioniert?
- Wurde die betroffene Person mit Aktivitäten/Organisationen in Verbindung gebracht, die mit der jüdischen Community/Israel zu tun haben oder so wahrgenommen werden?
- Wurden negative/abwertende Äußerungen über Jüdinnen:Juden/Judentum getätigt? Oder wurde Jude:Jüdin/Judentum als Synonym für etwas Negatives/in beleidigender Absicht benutzt?
- Wurde sich positiv/verherrlichend auf den Nationalsozialismus/Holocaust/Verschwörungstheorien/islamistische Organisationen/andere antisemitische politische Gruppierungen bezogen?
- Wurde die betroffene Person (aufgrund tatsächlicher oder zugeschriebener jüdischer Identität) stellvertretend für Israel angegriffen?
- Wurde die Aussage/Tat damit gerechtfertigt, dass die Person jüdisch/israelisch sei? **3 ▼**

### 3

Angelehnt an den Leitfaden zum Erkennen antisemitischer Straftaten des Landes-Demokratiezentrums Niedersachsen, siehe: [https://lpr.niedersachsen.de/fileadmin/user\\_upload/redaktion\\_lpr/Publikationen/Radikalisierungspraevention\\_\\_\\_Demokratiefoerderung/Leitfaden\\_zum\\_Erkennen\\_antisemitischer\\_Straftaten.pdf](https://lpr.niedersachsen.de/fileadmin/user_upload/redaktion_lpr/Publikationen/Radikalisierungspraevention___Demokratiefoerderung/Leitfaden_zum_Erkennen_antisemitischer_Straftaten.pdf).

## Fachspezifische Beratungs- und Meldestellen für Betroffene antisemitischer Gewalt

### **OFEK e.V.**

Bundesweite Beratung bei antisemitischen Vorfällen und Übergriffen. Psychosoziale Beratung und Krisenintervention. Fachberatung für Institutionen  
Tel. 0800/664 52 68  
[ofek-beratung.de](http://ofek-beratung.de)

### **Matan Line**

Hebräisch-Hotline zum Zuhören und Unterstützen  
Tel. 0800/000 16 42  
[matanline.de](http://matanline.de)

### **OPRA**

Psychologische Beratung für Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt  
Tel. 030/92 21 82 41  
[opra-gewalt.de](http://opra-gewalt.de)

### **Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)**

Meldeportal. Zivilgesellschaftliche Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle (bundesweit)  
[report-antisemitism.de](http://report-antisemitism.de)

### **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)**

Beratung für Akteur:innen aus dem Kunst- und Kulturbetrieb bei antisemitischen Kampagnen und Angriffen, Entwicklung von Codes of Conduct, Schutz- und Kommunikationskonzepten  
Tel. 030/817 985 810  
[mbr-berlin.de](http://mbr-berlin.de)

### **ALINA LIOR SCHITTENHELM**

arbeitet seit 2013 als Türsteherin in verschiedenen Berliner Clubs. Sie ist in Israel aufgewachsen und hat u. a. Jüdische Studien in Potsdam studiert. Zurzeit promoviert sie im Bereich der Mizrahi Studies.



# Eine Dialektik von Sicht- und Unsichtbarkeit

Text: Monty Ott

Ich möchte mich mit einer Frage beschäftigen, die der israelische Soziologe Nathan Sznajder aufgeworfen hat. Sznajder sprach in einem Interview davon, dass Jüdinnen:Juden in Deutschland, in Europa und in Amerika, »eine ganz klare jüdische Position entwickeln müssen, die autonom ist. Die autonom ist vom politischen Diskurs um sie herum und die autonom ist von den pro-palästinensischen Demonstrationen, die autonom ist von Kreisen wie Judith Butler, aber auch autonom von rechten Nationalisten.« Man dürfe sich nicht nur »auf den guten Willen der Nicht-Juden« verlassen, »wenn es darum geht, die eigenen jüdischen Interessen zu vertreten.« Das sei »spätestens nach dem 7. Oktober vorbei.« **1**▼ Was also kann eine solche jüdische Position sein? Seit den fürchterlichen Massakern und einem verstörenden Ausmaß systematisch verübter sexueller Gewalt durch die palästinensisch-islamistische Terrororganisation Hamas hat auch in Deutschland die Zahl antisemitischer Vorfälle einen neuen Höchststand erreicht. Trotz ihres Ausmaßes müssen diese Ereignisse als Teil einer Kontinuität begriffen werden. Denn Antisemitismus war nach der Shoah nie verschwunden. Und auch Sznajders Gedanke ist nicht neu. Er selbst hat kenntlich gemacht, von wem die Überlegung ursprünglich stammt. Es war die Philosophin Hannah Arendt, die diesen Gedankengang im Interview mit Günter Gaus artikuliert hat **2**▼. Das Interview stammt aus dem Jahr 1964. Arendts Worte sind inzwischen 60 Jahre alt, doch

sie haben leider kaum etwas an Aktualität eingebüßt. Daher möchte ich einen kurzen Ausschnitt daraus zitieren: »Ich gelangte zu einer Erkenntnis, die ich damals immer wieder in einem Satz ausgedrückt habe. Darauf besinne ich mich. Wenn man als Jude angegriffen ist, muss man sich als Jude verteidigen. Nicht als Deutscher oder als Bürger der Welt oder der Menschenrechte oder so. Sondern: Was kann ich ganz konkret als Jude machen?« Ich möchte das wiederholen. Was kann ich ganz konkret als Jude machen? Die Antwort darauf liegt keineswegs auf der Hand. Jüdische Communities in Deutschland sind vielfältig in religiöser, kultureller, ethnischer und politischer Hinsicht. Auch die politische Situation wird unter Jüdinnen:Juden sehr unterschiedlich wahrgenommen und kontrovers diskutiert. Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai forschen im Rahmen einer bundesweiten Studie zu den Auswirkungen des 7. Oktober 2023 auf jüdische und israelische Communities in Deutschland. Chernivsky be-

## Über die Suche nach einer jüdischen Position

1

Bechtle, Fabian / Kahane, Leon: Interview mit Natan Sznajder: »Ich steige als Jude in Berlin ins Flugzeug und lande in Tel Aviv als Israeli«, online verfügbar: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/natan-sznajder-ich-steige-als-jude-in-berlin-ins-flugzeug-und-lande-in-tel-aviv-als-israeli-126673>.

2

[https://www.rbb-online.de/zurperson/interview\\_archiv/arendt\\_hannah.html](https://www.rbb-online.de/zurperson/interview_archiv/arendt_hannah.html).

richtet von der »paradoxe[n] Situation«, in der sich ihre Interviewpartner:innen befinden. Sie versuchten, »die Wirkung des Massakers zu verarbeiten, während in den Reaktionen anderer oftmals Angreifer und Angegriffene vertauscht [...], die Taten relativiert, verleugnet oder gerechtfertigt« würden. **3 ▼** Die Suche nach der jüdischen Position kommt nicht freiwillig. Sie wurde jüdischen Communities in Deutschland aufgezwungen. In den letzten fünf Jahren haben sich antisemitische Entwicklungen noch einmal zugespitzt.

Wir haben erlebt, dass junge Jüdinnen:Juden sich nach dem 9. Oktober 2019, dem antisemitischen Anschlag in Halle und Wiedersdorf, bei dem Jana Lange und Kevin Schwarze ermordet worden sind, stark politisierten. Sie begannen auszuhandeln, was die jüdische Position sein könnte. Einige gingen tatsächlich in die Öffentlichkeit, ergriffen in den sozialen Medien ihre Stimme, begannen Bildungsarbeit zu machen. Aber wir sind konfrontiert mit einer Dialektik von Sicht- und Unsichtbarkeit: Nach dem 9. Oktober 2019 traten junge Jüdinnen:Juden in die Sichtbarkeit hinaus. Nach dem 7. Oktober 2023 wurden die Social-Media-Profile wieder auf privat geschaltet, die Davidstern-Kette wieder unter dem Pullover getragen. Gerade linke Jüdinnen:Juden trafen die Folgen des 7. Oktobers in extremem Ausmaß. Große Teile der globalen Linken setzten dem grassierenden Antisemitismus nur wenig entgegen. Viele Räume wurden im Sturm von angeblich sauberen Antizionist:innen erobert. Wenn Jüdinnen:Juden diese

**Nach dem 9. Oktober 2019 traten junge Jüdinnen:Juden in die Sichtbarkeit hinaus. Nach dem 7. Oktober 2023 wurden die Social-Media-Profile wieder auf privat geschaltet, die Davidstern-Kette wieder unter dem Pullover getragen.**

Räume verließen, fühlten sich manche Aktivist:innen in ihrem Vorwurf bestätigt, dass diese doch insgeheim rechts gewesen seien. Es gab ja immer diesen Zweifel, der aus dem Nicht-Begreifen der Eigenart des Zionismus entstand. Oft muss ich in diesen Tagen an Eva Illouz denken. Anfang dieses Jahres sagte sie in einem persönlichen Gespräch, dass sie mit der globalen Linken gebrochen habe, dass sie ihr nicht mehr vertrauen könne. In einem Vortrag, den Illouz vor Kurzem an der Frankfurter Goethe-Universität hielt, beklagte sie den »schockierenden Mangel an Mitgefühl« und kritisierte, dass es Teilen der akademischen Linken »nicht um reale Menschen und reales Leid« ginge. **4 ▼** Auch Miriam Yosef von der Bildungsinitiative Jewish Intersectional berichtete in einem Interview mit der taz, was der 7. Oktober für sie persönlich und für die Bildungsarbeit, die sie gemeinsam mit Ina Holev macht, bedeutet hat. Sie spricht davon, dass »viele Bündnisse und Freund:innenschaften zerbrochen sind« und von »einer beunruhigenden Entsolidarisierung feministischer Organisationen« und Personen. **5 ▼**

Einsamkeit macht sich breit. Einsamkeit entsteht aber nicht nur dadurch, dass Leute sich entsolidarisieren, sondern manchmal auch beim Blick auf die Frage, mit wem man selbst zusammenarbeiten will. Für mich persönlich verdichtete sich diese Problematik beim Thema »Queers for Palestine« und den dazugehörigen Online-Debatten! Da wurden »Queers for Palestine« als »Chickens for KFC« bezeichnet. »Schaut euch diese lächerlichen Personen mit ihren bunten Haaren an« war das Credo vieler Beiträge auf Social Media. Es wurde so viel Queer-Feindlichkeit über diesen Leuten ausgeschüttet und mit einem paternalistischen Move á la »Ihr seid ja zu blöd zu verstehen, was euch in Gaza angetan werden würde«.

Wir können über die Zustände in Gaza reden und über die Queer-Feindlichkeit dort. Aber wir müssen gleichzeitig Empathie dafür haben, was es bedeutet, als queerer Mensch in Deutschland zu leben. Dass Deutschland und die USA keine queeren Wunderländer sind, in denen alles toll läuft. Dass es auch in Israel Queer-Feindlichkeit und problematische Gesetze gibt. Natürlich müssen wir antisemitische Erlösungsvorstellungen als solche benennen. Wenn behauptet wird, dass wenn Israel verschwände, auch weltweit die queerfeindliche Unterdrückung aufhört, muss das als antisemitisch benannt, kritisiert und zurückgewiesen werden. Das bedeutet aber nicht, alles infrage zu stellen, was queere Menschen erleben.

Ich bezeichne mich auch als queer. Und ich finde es beachtlich in negativem Sinne, wenn ich sehe, wie Leute, die ich als sehr verlässlich im Hinblick auf das Thema Antisemitismus erlebe, im nächsten transfeindlichen Diskurs ohne Hemmung queerfeindlich mitmischen. Da endet die Möglichkeit für gemeinsame Bündnisse.

Jüdinnen:Juden sind heute dazu gezwungen, sich auf die Suche danach zu machen, was sie eigentlich bedeutet, diese jüdische Position. Was macht sie jüdisch? Kann es dabei Allies geben? Ich habe einst für mich die Entscheidung getroffen, dass ich mich nicht mehr auf ungebrochene Art

und Weise mit dieser Linken identifizieren kann. Ich habe sie damals verlassen, um später in sie zurückzukehren. Heute sehe ich mich in ihr freier schwebend. Das macht manchmal sehr einsam. Manchmal trifft man allerdings auch Gleichgesinnte. Viel zu oft sind das andere linke Jüdinnen:Juden, die ebenfalls auf der Suche sind. Vielleicht schaffen wir es ja, gemeinsam der Antwort näherzukommen. ■■■

### **MONTY OTT**

**ist Politik- und Religionswissenschaftler sowie politischer Schriftsteller. Er beleuchtet in seinen Arbeiten aktuelle Themen wie Antisemitismus, Erinnerungskultur, Intersektionalität und Queerness und engagiert sich aktiv in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit.**

### **3**

Eikmanns, Frederik (2024): Forscherinnen über Juden in Deutschland: »Ihnen begegnet emotionale Kälte«. Interview mit Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai, online verfügbar: <https://taz.de/Forscherinnen-ueber-Juden-in-Deutschland/!6002992>.

### **4**

Thiel, Thomas (2024): Dieser schreckliche Mangel an Mitgefühl, online verfügbar: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/eva-illouz-ueber-antisemitismus-an-hochschulen-110152755.html>.

### **5**

Disman, Maria (2024): Jüdische Feministinnen nach 7. Oktober: »Viele Bündnisse sind zerbrochen«. Interview mit Ina Holev und Miriam Yosef, online verfügbar: <https://taz.de/Juedische-Feministinnen-nach-7-Oktober/!6040246>.

# Feindbilder...

## Über die Entwicklung von Kampfbegriffen

**Text: Julia Pustet**

Der Psychoanalytiker Ernst Simmel sagte: »Der Antisemit verfolgt den Juden, weil er sich von ihm verfolgt fühlt.« Dieses projektive Verhalten kann man auch bei den rhetorischen und tatsächlichen Angriffen auf (vermeintliche) »Zionisten« und »Antideutsche« beobachten, die Teile der (antiimperialistischen) Linken als Feindbild auserkoren bzw. wiederentdeckt haben.

Dabei bedient man sich eines martialischen Vokabulars, das von linker Seite bislang Neonazis vorbehalten war.

Sowohl im Feindbild der »Antideutschen« als auch im Feindbild der »Zionisten« vermischen und überlagern sich offene Formen von Hass gegen Jüdinnen und Juden mit rhetorischen Umwegen und Ersatzbildern. Beiden Vorwürfen ist gemein, dass sie definitorisch schwammig bleiben. Um als »Antideutscher« zu gelten, reicht bereits die Nutzung einer bestimmten Antisemitismusdefinition aus. Das Antideutschen-Bild, das linke Antisemiten seit dem 7. Oktober entwickelt haben, ist ein Phantasma, das nichts mehr damit zu tun hat, wie sich die Gemeinten selbst verorten, woher sie kommen und was ihre politischen Positionen sind.

Auch die begriffliche Feindmarkierung »Zionist« wird für ein äußerst breites politisches Spektrum genutzt, das sich allein den Minimalkonsens teilt, dass Israel weiter existieren muss. Diese Haltung gilt als »Faschismus« – unabhängig davon, mit welchen konkreten politischen Forderungen und Projekten sie hinaus verbunden ist. Wer gegen die Vernichtung Israels einsteht, ist Nazi und hat nichts anderes verdient als jene.

In der Aussage »Zionismus ist Faschismus«, die den Grund für das Bestehen Israels radikal ignorieren muss, lässt sich ein altes antisemitisches Muster erkennen: »Der Jude« – oder in dem Fall seinem Ersatzobjekt »der Zionist« – wird eines Verbrechens bezichtigt, das man am Ende im Kampf gegen ihn selbst begeht (oder zumindest bereit ist, zu unterstützen). Dieses eigene Verbrechen ist die reale Verherrlichung und Unterstützung von islamistischen und faschistischen Milizen und Gewalttaten.

Dass Antizionismus und Antisemitismus eng miteinander verwoben sind, kann man auf vielen Wegen psychoanalytisch, ideengeschichtlich, historisch oder ideologiekritisch begründen. Ich möchte hier einen sehr viel einfacheren Weg wählen, der aber gut aufzeigt, wie groß die Bereitschaft ist, Fakten zu ignorieren. Verschiedenen Studien zufolge sind 90 Prozent der Juden und Jüdinnen weltweit der Meinung, dass der Staat Israel notwendig ist und bestehen bleiben muss – beschreiben sich insofern also zionistisch eingestellt. Wie sich dieser Zionismus darüber hinaus konkret gestaltet, darüber gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Der Logik der Antizionist:innen zufolge jedoch darf man vor diesem Hintergrund nur einen sehr kleinen Teil der globalen jüdischen Bevölkerung akzeptieren. Und auch diese lediglich unter Bedingungen, die von Antizionist:innen selbst gesetzt werden. Es gibt einen Begriff dafür, Angehörige einer Minderheit nur dann anzuerkennen, wenn sie keine eigenen Ansprüche stellen und einen umfassend von Ressentiment oder Diskriminierung freisprechen: Tokenisierung. Ginge es um das Bedürfnis irgendeiner anderen Minderheit nach Sicherheit und der Wahrung einer eigenen Kultur und Identität, wäre dies den Antizionist:innen unmittelbar klar. Aber hier geht es um das Bedürfnis von Juden und Jüdinnen. Und diesen wird eine Minoritätsposition abgesprochen.

Viel ist zu diesem Thema noch zu diskutieren. Deshalb möchte ich an dieser Stelle keinen Schlusspunkt setzen, sondern ein paar Fragen stellen, die zur Reflexion anregen, anstatt Kampfbegriffe zu reproduzieren. ■

### JULIA PUSTET

ist Autorin und Musikerin. In den sozialen Medien beschäftigt sie sich unter dem Handle @\_juliapustet mit Feminismus, Antisemitismus, der linken Szene und langsamen Autos. Im September 2025 erscheint ihr Debütroman »Alles ganz schlimm« im Haymon Verlag.

## Warum

unterstützen vermeintlich propalästinensische Aktivist:innen nicht die progressivsten Menschen und Bewegungen des mittleren Ostens, sondern die autoritärsten und regressivsten?

## Wo

ist die Solidarität mit den Palästinenser:innen, die sich der Herrschaft der Hamas widersetzt haben und widersetzen?

## Warum

feiert man es, wenn Kinder dazu gebracht werden, jemanden zu töten und dabei sterben? Würde man das seinen eigenen Kindern auch antun? Wenn nein, warum nicht?

## Wo

blieb der Aufschrei, als ein jesidisches Mädchen zehn Jahre nach dem Genozid aus ihrer Sklaverei befreit wurde – in Gaza?

## Warum

darf vom Genozid im Kongo geschwiegen werden, vom Krieg in Gaza aber nicht? Was hat das mit Rassismus zu tun?

## Sind

sogenannte Israelkritiker:innen wirklich aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen?

## Wieso

ist Kritik an den Inhalten sogenannter propalästinensischer Stimmen »canceln«?

## Wieso

spricht niemand von »canceln«, wenn massenhaft israelische Künstler:innen und Wissenschaftler:innen boykottiert, ausgeladen und nicht mehr gebucht werden?

## Warum

haben Menschen, die sich mit zionistischen Jüdinnen:Juden solidarisieren, einen Judenfetisch, deutsche Student:innen mit Kufiya aber keinen Palästinafetisch?

## Würde

man sich auch für die Palästinenser:innen einsetzen (oder tut man es bereits), wo ihre Unterdrücker nicht jüdisch sind? Etwa im Libanon? Im Irak?

## Warum

ist es so akzeptiert, Jüdinnen und Juden lächerlich zu machen, wenn sie sich nicht im selben Zuge auf die Seite derer stellen, die sich über sie lustig machen?

## Warum

sollen palästinensische Menschen im Libanon noch in der vierten Generation als Flüchtlinge ohne Bürgerrechte gelten, die Nachkommen Geflüchteter in Deutschland aber – aus gutem Grunde – nicht?

## Warum

schweigen diejenigen, die jahrelang von Mikroaggressionen gesprochen haben, wenn es um Maxiaggressionen wie Vergewaltigungen geht? Warum schützen Linke auf einmal Täter?

## Trauen

wir rassifizierten Menschen keine andere Form des Widerstands zu und warum nicht?

# ... und Fragen

»Ich bin es leid,  
als jüdische Person  
zurückzustecken«



Feminismus ist universell  
oder kein Feminismus

## Ich dachte, wir als Feministinnen hätten uns darauf geeinigt, Betroffenen sexualisierter Gewalt zu glauben – egal wer sie sind und wo sie herkommen?

**Text: Rosa Jellinek**

Der 25. November ist der Tag gegen patriarchale Gewalt. In Berlin gab es 2024 zu diesem Anlass eine Demonstration unter dem Titel »Resist by any Means Necessary«. Sie war nicht nur dem Kampf gegen patriarchale Gewalt gewidmet, sondern auch dem antikolonialen Kampf. Grundsätzlich ein gutes Anliegen, denke ich. Aber schon beim ersten Blick in den Aufruf wurde klar, worum es eigentlich ging: »Wir schöpfen Kraft aus den Vermächtnissen von Schwestern wie Leila Khaled«, war dort zu lesen. Leila Khaled ist führendes Mitglied der Terrororganisation PFLP und war 1969 und 1970 an Flugzeugentführungen beteiligt, die gezielt jüdische und israelische Menschen treffen und als Geiseln nehmen sollten.

Organisiert wurde die Demonstration von der Alliance of Internationalist Feminists. Ein nach eigener Aussage anticoloniales, antiimperialistisches, antikapitalistisches und antipatriarchales queer-feministisches Bündnis. Das Bündnis spricht von bedingungsloser Solidarität mit den Unterdrückten. Nach der Demo teilte das Bündnis einen Post auf Instagram, auf dem – neben anderen Fotos – auch ein Bild einer Frau mit einem I-Love-Hamas-Sticker zu sehen war. Nun ist mittlerweile bekannt, dass die Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 systematisch Frauen vergewaltigt und misshandelt hat. Und all diejenigen Frauen, die noch immer als Geiseln in der Hand der Hamas sind, erleben das vermutlich bis heute. Dieses Bündnis bezeichnet also auch das als legitimen Teil des palästinensischen Widerstands. Oder, was ich persönlich für wahrscheinlicher halte, erkennt gar nicht erst an, dass die Hamas sexualisierte Gewalt als Waffe einsetzte. Was ist daran feministisch? Ich dachte, wir als Feministinnen hätten uns darauf geeinigt, Betroffenen sexualisierter Gewalt zu glauben – egal wer sie sind und wo sie herkommen? Warum erzähle ich das? Diese Alliance of Internationalist Feminists ist kein Einzelfall. Es gibt eine Vielzahl von Organisationen

### **ROSA JELLINEK**

oder feministischen Ikonen wie Judith Butler, die sich Feminismus auf die Fahne geschrieben und im Laufe des vergangenen Jahres ihre feministischen Werte komplett verraten haben. Die sich mit den israelischen und jüdischen Betroffenen sexualisierter Gewalt entsolidari-

**erstellt Content für das Projekt OY VEY Plattform gegen Verschwörungsmutten und ist in dem queer-jüdischen Verein Keshet Deutschland aktiv. Darüber hinaus arbeitet sie als politische Bildnerin zu den Themen Intersektionalität, Queerness und Queerfeindlichkeit, Judentum und Antisemitismus sowie Internetaktivismus und Hatespeech.**

sierten, indem sie diese Gewalt relativierten oder leugneten. Wie sollen wir als feministische Menschen darüber hinwegkommen? Wie sollen wir wieder zusammenkommen und gemeinsam gegen das Patriarchat und für eine bessere Welt kämpfen, wenn die Solidarität mancher Feminist:innen nicht allen Frauen beziehungsweise FLINTA gilt? Wenn der Tag gegen Gewalt gegen Frauen zum Tag gegen Gewalt gegen manche Frauen wird? Ehrlich gesagt habe ich keine Antwort darauf. Manchmal denke ich, dass das unmöglich ist. Weil ich es einfach leid bin, als jüdische Person zurückzustecken und darüber hinwegzusehen, dass wir als jüdische Menschen in intersektionalen Bündnissen keine Rolle spielen. An anderen Tagen bin ich ein bisschen hoffnungsvoller. Weil ich denke, dass wir neue Bündnisse schließen können, die nicht selektive, sondern universell feministische Werte vertreten. ■

# »Das Klima Angst

Wir brauchen Mut und der entsteht durch Solidarität

Text: Flo Paloma

Was haben wir in den letzten Monaten nach dem 7. Oktober als Club ://about blank und in der Berliner Clubkultur für Erfahrungen gemacht? Ich würde sagen, sehr viele und leider sehr viele erschreckende. Beispielsweise Aufforderungen durch DJs an Resident Advisor, ein Szeneportal, das Veranstaltungen listet, bestimmte Veranstaltungen nicht mehr aufzuführen. Konkret ging es dabei um die antisemitismuskritische Nova-Soliparty »we will dance again«. Resident Advisor hat das nicht etwa abgelehnt, sondern stattdessen den Veranstaltenden nahegelegt, das Wording zu ändern. Oder das gezielte Überschreiben von Aufklebern. Aufkleber sind in der Clubkultur ein gängiges Mittel, um Meinungen zu transportieren. Das reicht von reinem Hedonismus bis hin tatsächlich zu politischer Haltung und spiegelt den Pluralismus der Szene wider. In letzter Zeit wurden bei Aufklebern mit der Aufschrift »killing Jews is not Resistance« das »not« weggestrichen – flächendeckend im ganzen Club.

Wir erleben, dass falsche Narrative und Lügen über das ://about blank verbreitet werden und diesen nicht widerspro-

chen wird, um sich nicht angreifbar zu machen. Wir sehen Überforderung, Stress und Burnouts, Rückzüge aus der Szene oder dem Beruf im Kontext von Shitstorms und immer wiederkehrenden belastenden Situationen. Es gehen Leute daran kaputt und niemand spricht darüber.

Außerhalb des ://about blank sehen wir, dass Veranstaltungen keine Räume finden. Wir hatten zum Beispiel eine szenische Lesung von Texten von Überlebenden des 7. Oktobers bei uns im Club, die eigentlich in ein Theater wollten, aber keins gefunden haben. Wir hören, dass israelische und jüdische DJs keine Gigs bekommen. Und auch, dass viele israelische und jüdische Raver:innen Angst in der eigenen Szene haben. Die sich der Clubkultur als Szene zugehörig gefühlt haben und jetzt sagen: »Ich kann eigentlich nirgends mehr hingehen, weil ich habe überall Angst.«

Wir erleben wenig Solidarität von anderen Berliner Clubs und von vielen Booking-Agenturen und DJs. Als Faustregel kann man sagen: Je größer der Name, desto weniger solidarisch verhalten sich die Agenturen, DJs und Promoter:innen.

**DJs, die hier spielen, kriegen woanders keine Auftritte. Agenturen, die DJs an uns vermitteln, verlieren Auftritte von anderen Künstler:innen oder in anderen Städten.**

Als großes Beispiel ist die Clubkommission zu nennen, die sich als der Lobbyverband der Clubs trotz mehrfacher direkter Aufforderungen keinen Millimeter hinter uns gestellt hat.

# der

Meine These dazu ist, dass in der Clubkultur ein Klima der Angst herrscht, aktuell ausgelöst durch Cancellings und Boykotte, die im Business Techno als existenzgefährdende Risiken wahrgenommen werden. Sprich, wenn Leute sich mit uns solidarisieren, dann begeben sie sich unternehmerisch in Gefahr. DJs, die hier spielen, kriegen woanders keine Auftritte. Agenturen, die DJs an uns vermitteln, verlieren Auftritte von anderen Künstler:innen oder in anderen Städten. Uns wird in persönlichen Gesprächen nicht selten gesagt, »ich finde eure Haltung gut, aber ich kann gerade nichts mit euch machen, weil das zu gefährlich für mich ist«.

Auch wir sind in unserem eigenen Handeln von diesem Klima der Angst betroffen. Denn es nährt die Sehnsucht nach Ruhe. Und Ruhe verschaffen wir uns durch Schweigen und Anpassung. Also machen wir diese oder jene Veranstaltung lieber nicht. Wer weiß, was sonst passiert. Darüber diskutieren wir oft.

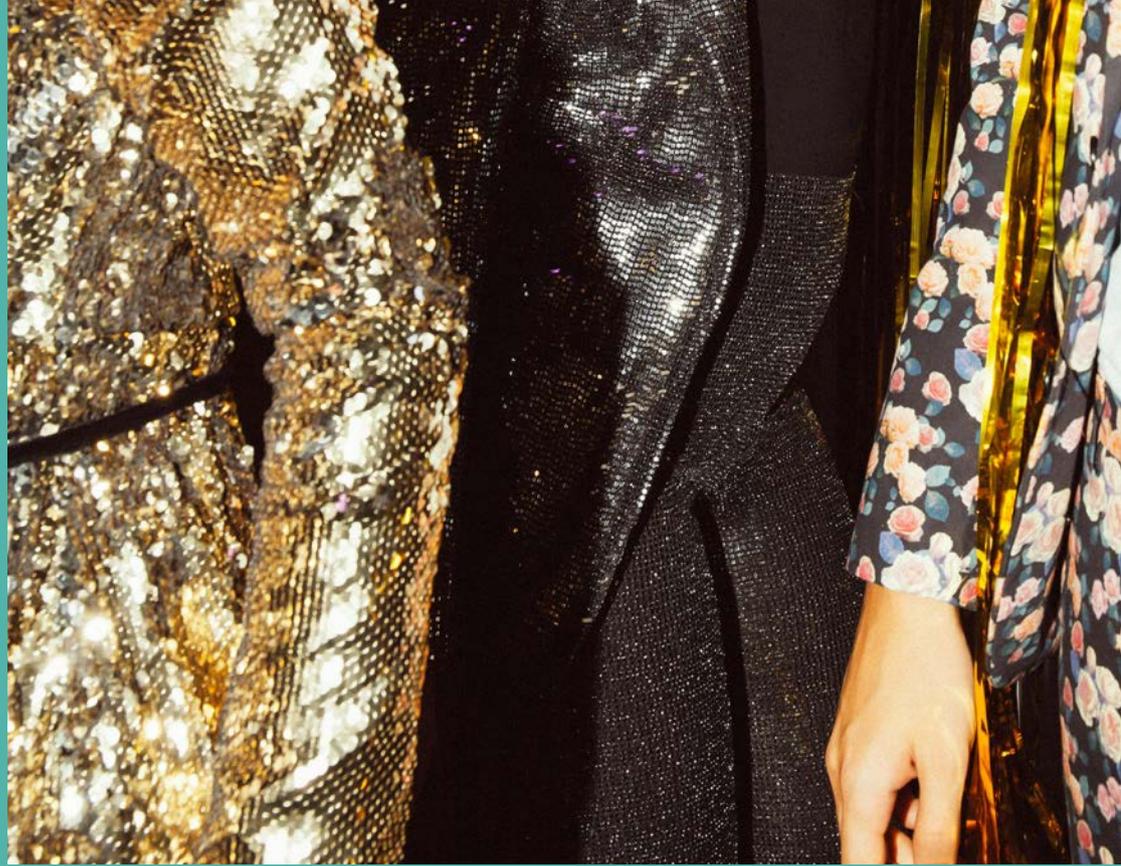
Ich glaube, dass nur Mut uns retten kann. Das Klima der Angst ist nicht hinnehmbar. Wir müssen durch gelebte und authentische Solidarität Mut herstellen, um uns aus dem Kreislauf von Cancellings und Boykotten heraus zu kämpfen und über die Auswirkung der Angst sprechen zu können. Es ist unsere Pflicht als Szene, die Leute nicht allein damit zu lassen. —



## FLO PALOMA

ist Medienwissenschaftler und Gestalter. Er arbeitet seit über zehn Jahren im ://about blank und ist über Stationen als Barkraft, Veranstalter und Night-Manager Teil des Betreiber:innenkollektivs geworden. Daneben ist er als Tour- und Festivalmanager tätig. Mit Antisemitismuskritik beschäftigt er sich seit Beginn seiner aktivistischen Laufbahn in der linken Szene.

# ist nicht hinnehmbar«



# Die Deflektion eigener Kolonial- und Rassismus- debatten dominiert den Blick

## auf Israel

Text: Elisa Aseva



# Über linke Zerfallsprozesse und die Suche nach solidarischen Bündnissen

Ich spreche hier als Elisa Aseva und damit offensichtlich auch als Schwarze Frau. Mir ist aber wichtig, dass ich hier vor allem als linke Person sitze, die politische Arbeit macht, sich mit politischer Kritik beschäftigt – und weniger als Minderheitenvertreterin. Letzteres kann und will ich gar nicht leisten, dennoch gerät das manchmal durcheinander.

Der 7. Oktober 2023 war ein erschütternder Tag. Letztens las ich irgendwo, dass es zunächst eine große Solidarität gegenüber den israelischen Opfern gegeben habe, was sich im Verlauf des Krieges gewendet hätte.

In meinen Augen war das nicht der Fall. Die Solidarität war von Beginn an mehr als verhalten – unter starkem Vorbehalt meist und mit vielen Einschränkungen. Was es sofort gab, waren Freudentäußerungen und Jubel. So habe ich das medial, aber auch im Berliner Stadtgeschehen wahrgenommen.

Nach dem 7. Oktober haben wir einen Zusammenschluss verschiedener Antisemitismen und antiisraelischen Strömungen erlebt. In der Linken ist der Nahostkonflikt als Streitfrage keineswegs neu. In den 1940ern hat die Sowjetunion das zionistische Projekt unterstützt, die Staatsgründung Israels begrüßt. Das hat sich in den 60ern komplett gedreht. Schon vorher war Stalin wenig begeistert von diesen neuen jüdischen Zusammenschlüssen. In den 60ern schlug sich die Sowjetunion dann ganz offiziell auf die Seite der arabischen Staaten. Darauf folgte eine lange Geschichte der westlichen Unterstützung für den palästinensischen Terrorismus. Es gab auch terroristische Zusammenarbeiten, wie zum Beispiel bei der Flugzeugentführung in Entebbe. Erst viel später, in den 80er- und 90er-Jahren begann eine innerlinke Auseinandersetzung mit der blutigen Geschichte des eigenen Antisemitismus und Stellvertreterantisemitismus. Ich weiß nicht, ob das in dem Kontext genau der richtige Begriff dafür ist. Aber es war tatsächlich kein Bruch, sondern eine Kontinuitätslinie mit dem deutschen Vernichtungsantisemitismus. In den 90ern kam die antideutsche Wende. Das waren sehr harte Auseinandersetzungen.

Nach dem 7. Oktober war auch meine Sorge, dass wir jetzt eine Wiederholung dieser eher selbst-bezogenen Ansätze der 90er erleben. Wenn der Kampf um Distinktion innerhalb der Linken die Frage nach Solidarität und Aufklärung überschattet. Ich habe viele wortreich formulierte Verabschiedungen und Abgrenzungen vom linken Projekt gelesen. Mir macht das deshalb Sorgen, weil damit keine Solidaritätsperspektiven geöffnet, sondern vor allem geschlossen werden. Da setzen sich meist eher unbewältigte Strafbedürfnisse durch als antifaschistische Festigkeit. Und dabei gerät etwas Wichtiges vollends aus dem Blick – der Kampf um Kräfteverhältnisse. Denn die wichtige Frage in meinen Augen ist, wie wir diese Kräfteverhältnisse – den im Moment so durchgesetzten hiesigen Antisemitismus, das so durchgesetzte Ressentiment gegen jüdische Menschen weltweit und auch gegen den Staat Israel – wieder drehen können.

Gleichzeitig machen mir die linken Zerfallsprozesse große Sorgen. Ich denke da an die Debatten in Großbritannien, als Jeremy Corbyn noch Labour-Chef war, um die Verdrängung von jüdischen Linken aus der Labour Partei und allen anderen Bewegungsstrukturen. In Frankreich sehen wir im-

**Die Solidarität war von Beginn an mehr als verhalten – unter starkem Vorbehalt meist und mit vielen Einschränkungen.**

mer wieder, wie die Deflektion von eigenen Kolonial- und Rassismusdebatten auf den Nahostkonflikt jeden Blick auf Israel dominiert. Und das ist auch in vielen anderen westeuropäischen Ländern der Fall. Eine starke Projektion, wenn es um eigene koloniale Verwerfungen geht, die die innenpolitischen Verhältnisse eigentlich tatsächlich dominieren. Das alles wird abgestrahlt auf das Verhältnis Israel und Palästina. In Frankreich verschmilzt die antiimperialistische Linke immer mehr mit arabistischen und islamistischen Machtansprüchen. In den USA ist die Bewegungslinke in dieser Hinsicht bereits völlig indoktriniert. Das nimmt auch hier zu. Zugleich erkennen Rechte die Gelegenheit, sich als Antisemitismuswächter zu inszenieren. Natürlich ist das ein instrumentelles Verhältnis, aber trotzdem ein erfolgreiches Projekt. Proisraelische Solidarität wird in diesem Kontext als wehrhafte White Power und antimuslimisches Projekt geframt. Der Hashtag »The West ist Next« dominiert mittlerweile proisraelische Online-Debatten. Gleichzeitig erleben wir eine Hinwendung jüdischer Europäer:innen zu rechten Akteuren, die Umarmung von Anti-Migrations-Positionen sowie rassistische Auszählung von Einwander:innen. Ein berühmtes Beispiel dafür ist Serge Klarsfeld, der sich offen für den Rassemblement National ausgesprochen hat.

Wir haben als Linke hier momentan zu wenige Ideen, wie wir diesen Entwicklungen und Diskursen etwas Emanzipatorisches entgegensetzen können. Ja, was kann man tun gegen die politische Einsamkeit? Vielleicht andere Einsame suchen. Uns wieder der linken Aufklärung zuwenden. Solidarische Bündnisse schmieden. Deshalb haben wir zum Beispiel Feminism Unlimited ins Leben gerufen. Nach dem 7. Oktober waren wir mit diesem Bündnis die Ersten, die den Verrat an jüdischen Frauen thematisierten und eine universelle Position auf die Straße brachten. Wir haben versucht, über eine feministische Klammer einen breiten Antifaschismus zu etablieren, der auch in den islamistischen **ELISA ASEVA** Kräften wie der Hamas einen **lebt in Berlin und arbeitet als freie Autorin, Gegner erkennt. Wir versu-** **Veranstalterin und in der Gastronomie.** **Sie engagiert sich im Bereich antifaschis-** **tischer Aufklärung, feministischer Orga-** **nisierung und insbesondere gegen den falschen Widerspruch von Antirassismus und Anti-Antisemitismus.**

**Ja, was kann man tun gegen die Einsamkeit? Vielleicht andere Einsame suchen. Uns wieder der linken Aufklärung zuwenden. Solidarische Bündnisse schmieden. Deshalb haben wir zum Beispiel Feminism Unlimited ins Leben gerufen.**





# Impressum

## Herausgeber

Bildung in Widerspruch e.V.  
Großbeerenstr. 88, 10963 Berlin  
[www.bildung-in-widerspruch.org](http://www.bildung-in-widerspruch.org)

VR-Nr.: VB 35060 B

## V.i.S.d.P.

Anne Goldenbogen,  
Filiz Dogan

## Idee, Konzept & Redaktion

Anne Goldenbogen  
[www.goldenbogen.org](http://www.goldenbogen.org)

## Gestaltung

agnes stein berlin  
[www.agnes-stein.de](http://www.agnes-stein.de)

## Bildnachweis

Titel NEOSIAM 2024+/pexels, S. 2 cottonbro studio/pexels, S. 6 Pexels/pixabay, S. 11 <https://documenta-fifteen.de>, S. 12 Jonas Kakaroto/pexels, S. 15 [https://report-antisemitism.de/documents/2024-11-28\\_rias-be\\_Antisemitische-Vorfaelle-Berlin-jan\\_jun\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-11-28_rias-be_Antisemitische-Vorfaelle-Berlin-jan_jun_2024.pdf), S. 16 GLady/pixabay, S. 19 Martin Pechy/pexels, S. 20 Inga Seliverstova/pexels, S. 22 [www.hentrichhentrich.de/buch-judenhass-underground.html](http://www.hentrichhentrich.de/buch-judenhass-underground.html), S. 23 Inga Seliverstova/pexels, S. 24/25 Harrison Haines/pexels, S. 30/31 NEOSIAM 2024+/pexels, S. 35 Trinity Kubassek/pexels, S. 36 StockSnap & HubertPhotographer/pixabay, Jacob Morch/pexels.com, S. 42 Lindsey Lamont/unsplash, S. 45 Andres Medina/unsplash, S. 46 cottonbro studio/pexels, S. 49 Inga Seliverstova/pexels, S. 51 Inga Seliverstova/pexels

## Druckerei

Druckerei Rüss  
[www.druckerei-ruess.de](http://www.druckerei-ruess.de)

© Bildung in Widerspruch e.V.  
Berlin 2024

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen allein die Autor:innen und Interviewpartner:innen die Verantwortung.

Gefördert im Rahmen des Aktionsfonds gegen Antisemitismus (2024) der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.



